

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Petitzeile oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anfragen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23.

Freitag, den 27. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Historische Parallele.

Als im Februar 1848 zu Paris nach dreitägiger Strassenkampf das Königreich gestürzt und eine demokratische Republik verkündet wurde, ergriff die demokratische Bourgeoisie das Ruder der Staatsgewalt. Um den Arbeitern, denen man den Sieg über das königliche Heer zu verdanken hatte, entgegenzukommen, wurden zwei Sozialisten, der Schriftsteller Louis Blanc und der Arbeiter Albert in die Regierung aufgenommen. Die Kaiserarbeiter aber waren mit diesem Zugeständnis nicht zufrieden. Sie sandten eine Deputation mit dem Arbeiter Marche als Sprecher auf das Stadthaus, wo diese eine Petition überreichen sollte, in der, entsprechend den Schlagworten jener Zeit, ein „Recht auf Arbeit“ und „Organisation der Arbeit“ verlangt war. Die Regierung dagegen verlangte Zeit für solche einschneidende Maßregeln, worauf Marche antwortete: „Nun wohl, das Volk wird warten. Es stellt drei Monate Elend in den Dienst der Republik!“

Diese Grobmut des damals Paris und damit auch Frankreich beherrschenden Siegreichen und bewaffneten, aber durch Mangel und Arbeitslosigkeit gequälten Proletariats hätte eigentlich die Bourgeoisie der Regierung beschämten und entwaffnen müssen. Aber die Vertreter dieser hab- und herrscherlichen Klasse unterdrückten ihren Egoismus nur momentan, um Zeit zu gewinnen und des revolutionären Proletariats wieder Herr zu werden. Eintrüben machten sie Zugeständnisse, um zu beschwichtigen. Sie dekretierten, die Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, die Existenz der Arbeiter durch Arbeit zu verbürgen. Sie macht sich anhiebig, allen Staatsbürgern Beschäftigung zu gewährleisten. Sie erkennt an, daß die Arbeiter sich assoziieren müssen, um den gebührenden Ertrag ihrer Arbeit zu erhalten.“

Sodann befahl die Regierung die Errichtung der berüchtigten Nationalwerke — keineswegs nach den Vorschlägen von Louis Blanc — die ein ganz ungenügender Notbehelf und ein Blendwerk zur Diskreditierung des Sozialismus waren, und drittens setzte sie eine „Regierungskommission für die Arbeiter“ ein, die aus Arbeitern gebildet werden und sich unter dem Vorsitz von Louis Blanc mit der „Arbeiterfrage“ beschäftigen sollte. Auch diese Kommission war ein Blendwerk, da ihr gar keine Machtmittel zugestanden wurden. Die Arbeiter sollten nunmehr erst erfahren, wie schwer es ist, der bürgerlichen Gesellschaft wirkliche Zugeständnisse innerhalb ihres Rahmens abzutrotzen.

Die „drei Monate Elend“ verstrichen, aber es geschah nichts Entscheidendes zugunsten der Arbeiter. Dagegen bestieg die regierende Bourgeoisie ihre Macht. Als sie sich stark genug fühlte, wurde die Aufklarung der Nationalwerke befohlen, womit man die dort beschäftigten Arbeiter dem Elend preisgab, die befreischlicherweise, trotz der zunächst auf die Revolution folgenden Arbeitslosigkeit, in Masse nach Paris gestromt waren. Eine Deputation unter Pujol, die von der Regierung Zurücknahme dieser Maßregel und Erfüllung der gemachten Versprechungen verlangte, wurde brutal abgewiesen und so kam es zu dem großen Aufstand des Pariser Proletariats, der unter dem Namen der Februarrevolution in der Geschichte verzeichnet ist. Die Arbeiter wurden von dem Militär, von der Nationalgarde, die aus den bewaffneten Groß- und Klein-Bourgeois, und von der Mobilgarde, die aus dem bewaffneten Lumpenproletariat bestand, nach helbemütigem Widerstand überwältigt. Nach dem Siege wurden gegen die Arbeiter unmenschliche Grausamkeiten verübt und zehntausend von ihnen nach den Strafkolonien — der „trockenen Guillotine“ — deportiert. Indem die Bourgeoisie so niederträchtig und brutal die Arbeiter um die Früchte der Revolution prülte und sie niederschlug, ebnete sie nur die Bahn für den bald kommenden Prätendenten, der mit einem ebenso brutalen und blutigen Staatsschlag die Bourgeoisiepublik zertrümmerte und aus ihren Trümmern sich mit Blut einen Kaiserthron zusammenleimte.

Die Masse jener Arbeiter, die unlängst in Portugal einen Eisenbahnstreik veranlaßten, aus dem die Reaktion inner- und außerhalb Portugals Kapital zu schlagen versucht hat, ist wohl schwierig genau von dem Verlauf jener Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1851 unterschieden gewesen. Aber sie hat zweifellos eine mehr oder weniger dunkle Ahnung davon gehabt, daß in solchen Momenten das Proletariat, wenn es nicht kräftig für seine Interessen eintritt von den neu emporkommenen herrschenden Klassen über den Löffel hängt zu werden pflegt. Die neue portugiesische Regierung hatte ja auch recht schöne sozialpolitische Versprechungen gemacht und die portugiesischen Arbeiter

hätten gewiß auch Großherzigkeit genug besessen, der Regierung zur Ausführung „drei Monate Elend“ zu schenken. Aber die Hartnäckigkeit, mit welcher sich die herrschenden Klassen auch in bürgerlichen Demokratien wie Frankreich und Nordamerika gegen sozialpolitische Zugeständnisse sträuben, hat den Proletarien aller Kulturländer einen gewissen Pessimismus beigebracht, wenn es sich um Versprechungen von jener Seite handelt. Auch die portugiesischen Arbeiter werden wohl befürchtet haben, sie möchten, wenn sie der Regierung allzu lange Zeit lassen, sich später einer Mauer von zum Schutz der Kapitalisten aufgebauten Basonetten gegenüber befinden. Die Lage der Eisenbahnarbeiter ist jedenfalls, wie die der portugiesischen Arbeiter überhaupt, eine sehr traurige gewesen; sonst wäre der Streik nicht ein so einmütiger geworden, daß die ganze Verkehrsmaschine des Landes stillstand. Die bürgerlichen Republikaner erlebten einen Aufruhr, in dem sie betonten, daß der Streik „unzweckmäßig“ sei. Das haben mehr oder minder wohl situierte Bürger leicht sagen: sie sagen es so ziemlich von jedem Streik. Wenn von der Not gedrangte Proletarier sich in einem solchen Moment weniger mit allgemeinen politischen Erwägungen abgeben, so ist das begreiflich. Aber wenn man den Eisenbahnarbeitern die Schuld aufbürden will, durch ihren Ausstand der monarchischen Reaktion Vorschub geleistet zu haben, so wird dies hinsichtlich gegenüber dem Verhalten der Eisenbahngesellschaften, deren Hartnäckigkeit die ganze Krise herauftreibt, falsch. Sie waren es, die lieber die Republik aufs Spiel legten, als den Arbeitern die tägliche Lohnzulage von 45 Pf. und die tägliche neunstündige Arbeitszeit bewilligen wollten. Die ganze Mehrausgabe der Eisenbahner beträgt etwa eine Million Mark; dazu haben die Arbeiter einen jährlich zwanzigjährigen Urlaub mit Lohnzahlung erreicht und die Streiktage sind als Urlaubstage angesehen worden. Das sind doch keine übertriebenen Forderungen. Aber sie geben der herrschenden Bourgeoisie Gelegenheit, das Wasser ihrer Schärfe in den Wein der republikanischen Begeisterung zu schütten. Eine Volksmenge hat, wie gemeldet wurde, vergeblich die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen gefucht. Was war das für eine „Volksmenge“? Wahrscheinlich sind es „gute Bürger“ im Verein mit der Polizei gewesen.

Die reaktionäre Presse hat die Gelegenheit gleich benutzt, mit einer „Intervention“ auswärtiger Mächte zu drohen. Dieser Schwund hat nicht lange vorgehalten. Wenn aber die Republik auf die Dauer vorhalten soll, dann muß sich die republikanische Regierung mit ihren Reformen nun mehr beeilen. Seit brüdet sie noch über einem Wahlgang, das schon längst fertig sein könnte. Wenn es wahr ist, was darüber berichtet wird, daß nur die Portugiesen über 21 Jahre, die lesen und schreiben können, wahlberechtigt und nur die, die ein Examen in Elementarschulen abgelegt haben, wählbar sein sollen, dann wäre das sehr bedenklich. Aber warten wir ab.

Die Regierung kann nur durch Taten zeigen, daß sie der Situation gewachsen ist, mit schönen Worten ist das Land nunmehr hinlänglich versorgt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag sollte angeblich am Donnerstag einen großen Tag haben. Am Bundesstaatstisch war denn auch die Reichsflagge in Gestalt des langen Behmann aufgezogen. Es war seit Monaten das erste Mal, daß Saargau und Ordensfeste Herrn Theobald erlaubten, ein Parlament mit seiner Gegenwart zu beehren. Als Sproß einer Frankfurter Kaufmannsfamilie geht Herr Behmann mit seinen Gaben haushälterisch um. Er gibt nicht zuviel auf einmal, augenscheinlich will er den Reichstag nicht verwöhnen. So mußten sich denn diesmal die Volksvertreter mit dem holden Anblick des jungen Reichskanzlers begnügen. Die Ohren werden ihren Schmaus wohl am Sonnabend bekommen. Am Donnerstag sprach statt des hohen Prinzipals der Reichsverwaltung nur sein alzeit geschäftiger und in seiner Art ganz brauchbarer junger Mann für den parlamentarischen Rayon, Staatssekretär Delbrück. Nichtibel! Er holte heraus, was herauszuholen war. Er schimpfte nicht wie die Alldänen und putzte nicht wie sein hoher Chef, seine Rede mit Moabiterien aus. Eine Nachgal freilich konnte er aus der Kehle nicht machen und die elzab-lothringische Verfassung als Meisterstück moderner Gelegbungskunst und Verfassungsweisheit ausgeben, ging schließlich aber über die Kräfte dieses geriebensten Rayonhofs im Warenhause Behmann. Es soll ihm auch gestanden werden, daß er falsche Kunstsstücke garnicht verfuhrte. Er begnügte sich

Rechte, Linke und Zentrum auf die Stücke aufmerksam zu machen, die nach ihrem Geschmack waren, und sie zu bitten, im Hinblick auf die zugagenden, die nicht zugagenden Stücke in Gesellschaft mit akzeptierten zu wollen.

Von drei Seiten wurde die elzab-lothringische Verfassungsvorlage einer scharfen Kritik unterzogen. Herr Bonderheide sprach mehr als Gläser denn als Zentrumsmann. Seine Ausführungen waren bis zu einem gewissen Grade durchgreifend, soweit es sich um diestellung Elzab-Lothringens im Reichsorganismus handelt, aber versagten völlig gegenüber dem vorgeschlagenen inneren Organismus des Reichslandes. Natürlich: die vorgebrachten Verunzierungen am Verfassungsgebäude, speziell die Verhunzungen der Volkskammer, sind wesentlich im Interesse des elzäffischen Klerikalismus. Immerhin prägte Herr Bonderheide das hübsche Wort von dem Verlust der staatlichen Ehrenrechte. Ein anderes Wort, das zu einem gestügelter zu werden verdient, prägte der Fortschrittsmann Naumann, der den Weisen im Bundesrat politische Arterienverkalkung vorwarf, und treffliche Sätze über die in Wahrheit unhistorische Sucht sprach, auf den demokratisch ungeachteten Boden Elzab-Lothringens die fremdartigen Gewächse ostbaltischen Monarchismus und Aristokratismus zu verpflanzen. Ein großer Teil der vom Abg. Naumann entwickelten Anschauungen deckte sich mit den Ausführungen des Genossen Emmerich, doch war natürlich auch der Sprecher des fortgeschrittenen Teiles des Bürgeriums nicht in der Lage, die Kritik in der umfassenden Weise zu handhaben, wie sie gegenüber allen Ercheinungen des heutigen Staates dem Vertreter des organisierten Proletariats zu Gebote stehen. Mit äußerer Schärfe wandte sich Gen. Emmerich gegen die Verpreßung des Reichslandes, gegen eine Sinnerart, wie sie am Schluss der Sitzung mit handgreiflicher Deutlichkeit in den Ausführungen des Schriftstellers von Dirksen zutage trat. Und doch ist Herr von Dirksen nach nicht der argste Reaktionär in dieser Frage! Was Herr Bassermann betrifft, den nationalliberalen Führer, der auch an diesem Tage sprach, so war seine Rede eine echt nationalliberale, aus gemäßigtem Wohlwollen, temperiertem Sinn für beschränkte Freiheit zusammengesetzte; eine harmonisch-unharmonische, eine Einerseits-Anderseits-Rede. — Am Sonnabend geht die Beratung weiter.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus gab der Landwirtschaftsminister zu Beginn der Donnerstagsitzung seiner Befriedigung Ausdruck, daß der Streik der Studenten der Technischen Hochschule in Hannover beigelegt sei. Unter Beifall der Rechten bezeichnete er die Bewegung als eine Entgleisung. Ein konservativer Redner erlud den Minister, gegen solche „russischen Zustände“ mit aller Energie vorzugehen. Im Gegensatz hierzu erklärte Genosse Lettau, daß er der Verurteilung des Studentenstreiks nicht beipflichten könne, der Streik sei eine berechtigte Ablehnung gegen die staatliche Bürokratie gewesen.

Im übrigen wurde bei der weiteren Beratung des Staats der landwirtschaftlichen Verwaltung eine lange Reihe von Wünschen, teils lokaler Natur vorgetragen. Erwähnenswert ist nur, daß das Zentrum auch in diesem Jahre die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichtes in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen verlangte. Vom Minister wurden zu diesem Zwecke keine Erklärungen abgegeben.

Ein Unterschluß für Bassermann.

Aus Saarbrücken wird gemeldet, daß die Vertreter-Versammlung des dortigen nationalliberalen Vereins einstimmig den Vorschlag einer Kandidatur Bassermanns angenommen hat. Die Proklamierung der Kandidatur in der zweiten Vertreter-Versammlung am 22. Februar sei gesichert. — Bassermann wird aufzeigen, daß er auf seiner Reise jetzt endlich den Hafen erreicht hat. Ganz sicher liegt sein Boot auch dort nicht vor Anker!

Die Herren Geldgeber?

Der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft legt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Präsident des Senats ist Prof. Dr. Hartmann. Senatsmitglieder sind aus Berlin die Herren Geh. Kommerzienrat Arnold, Ludwig Delbrück, Gefunder o. D. v. Dirksen, Prof. Dr. Fischer, Prof. van Hoff, Geh. Kommerzienrat Koppell, Franz o. Wendelsohn, von Schmidach o. Siemens, ferner o. Böllinger-Eberfeld, o. Brünning-Höglst, Graf Carmer, Prof. Ehrlach Frankfurt a. M., Okonomierat Giesche-Wahlstein, Kommerzienrat o. Guillotme-Rödin, Weidemann-Rödin, Kurt Donnersmarck, Legationsrat Dr. Krupp o. Böhnen und Halbach, vom Rath-Frankfurt a. M.

Die Zusammenfassung des Senats, in dem sich führende Persönlichkeiten der Industrie und des Handels zu-

ammenfinden, läßt den Schluß zu, daß die Millionen, die dem Kaiser für die freien Forschungsinstitute zur Verfügung gestellt wurden, aus den Kassenstränden dieser Herrschäften stlossen. Wahrscheinlich sind sie nicht allein aus gleichem Interesse für wissenschaftliche Forschungen locker gemacht worden. Man wollte sich wohl nur in empfehlende Erinnerung bringen.

Ein konservativ-nationalliberaler Block?

Der "Post" ist großes Heil widerfahren: Sie sand schen in einer Äußerung der "Nationalliberalen Korrespondenz" über die agitatorische Ausnutzung der Reichsfinanzreform den Ausdruck "eines tiefgehenden Stimmungswechsels in der nationalliberalen Partei; diesem Stimmungswechsel sei am Donnerstag im Abgeordnetenhaus mit aller Schärfe Ausdruck verliehen. Nach der Rede Hohns über das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft erhob sich der Nationalliberalen Lehmann, der obgleich er dem Hause erst kurz angehört, es offenbar doch zu einem bedeutenden Einfluß gebracht hat, um den Willen der nationalliberalen Partei zum Ausdruck zu bringen, mit den Konservativen zusammenzuarbeiten. „Man sei dabei von Blockbegeisterung frei, man folge einfach der politischen Notwendigkeit; hinter den verschiedenen Interessen und Zielen dürfe „die grundfähige Verwandtschaft der beiden Parteien“ nicht so zurücktreten, wie dies zum alleinigen Nutzen der Sozialdemokratie in den letzten Monaten geschehen“ sei. Die "Post" führt dann fort:

"Das wichtigste ist, daß der Anschluß der Nationalliberalen prinzipiell nach rechts und nicht nach links erfolgt. Wir begrüßen selbstverständlich diese Annäherung zwischen Liberalen und Konservativen aufs lebhafteste. Sie beweist, daß die nationalliberalen Partei sich ebenso auf ihre Vergangenheit wie auf ihre Ideale befreit und sich wieder auf die bürgerlichen Solidaritätskreise des Volkes gründen will, deren politischer Ausdruck sie eigentlich ist und in denen sie nur ihre wirkende Macht haben und finden wird."

Die Partei Drehscheibe wird unendlich stolz darauf sein, daß die "Post" ihr noch "Ideale" zutraut. Im übrigen ist die Sehnsucht der Rechtsnationalliberalen nach einem Anschluß an die Konservativen ebenso brünstig, wie die Bereitwilligkeit der Konservativen, die Rechtsnationalliberalen wieder in Gnaden aufzunehmen. Selbst der erbseindliche Zentrumshof ist von den nationalliberalen Blocklüstlingen der Sammelwut geopfert worden.

Konservative Obstruktionisten.

Wie die "Freikonservative Korrespondenz" mitteilen kann, ist von der konservativen und von der freikonservativen Fraktion dem Vorsitzenden des Seniorennonventes im preußischen Abgeordnetenhaus mitgeteilt worden, daß beide Fraktionen sich mit Rücksicht auf das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten bis auf weiteres an den Verhandlungen des Seniorennonventes nicht beteiligen könnten, weil sie jedes nicht durch die Geschäftsordnung gebotene Zusammenwirken mit diesen Abgeordneten ablehnen müßten.

Übelgern soll der Präsident v. Etchegoyen seinen letzten schweren Vorwurf gegen die sozialdemokratische Fraktion auf Drängen seiner konservativen Freunde unternommen haben. Was die Konservativen übrigens mit ihrer Obstruktion gegen den Seniorennonvent erreichen wollen, ist nicht recht zu ersehen, aber deshalb geht die Weltgeschichte doch ihren Gang.

Allgemeiner Deutscher Mittelstandsbund.

Die Hansabunds-Korrespondenz teilt mit, durch die Presse sei die Nachricht gegangen, zwischen führenden Persönlichkeiten der Mittelstandsbewegung hätten Konferenzen mit dem Ergebnis stattgefunden, daß Anfang 1911 die Gründung eines Deutschen Mittelstandsbundes zu erwarten sei. Die Hansabunds-Korrespondenz bezeichnet diese Meldung als eine der üblichen Reklame-Notizen sächsischer Interessenkreise. Der Hansabund stehe mit diesen Bestrebungen, die den wahren Interessen des Mittelstandes zuwidern, in keinem Zusammenhange.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Reichsverbandes.

Am 16. und 17. stand in Berlin eine Sitzung des Gesamtausschusses des Reichsverbandes statt; die Sitzung diente der Beratung des Rechenschaftsberichts für 1910. In der Reichsverbands-Presse ist ein höchst zugesetzter Waschzettel über diesen Rechenschaftsbericht verbreitet worden, wie wollen hier noch einiges mitteilen, was man dort wegläßt, in der Abföh, mit dem Bericht einen möglichst guten Eindruck zu machen.

Da erzählt der Geschäftsbericht in unzähliger Weise allerlei über die Mitgliederbewegung, und triumphierend wird versichert, daß die Zahl der direkten Mitglieder des Reichsverbandes sich im Jahre 1910 um ziemlich 3 Proz. vermehrt habe, die eingegangenen Beiträge und Spenden hätten sich sogar um 7½ Proz. gehoben, statt nur 6½ Proz. im Jahre 1909. Der Bericht vermeidet aber peinlich, auch nur andeutungsweise etwas über die Gesamtmitgliederzahl und über die Höhe der Gesamtbeträge und Spenden zu sagen. Es wird nur mitgeteilt, daß 1910 114 Ortsgruppen und 10 Sammellestellen mit rund 6000 Mitgliedern neu gegründet werden konnten, während auf der anderen Seite 32 Ortsgruppen und 14 Sammellestellen, deren Leiter und Vertrauensmänner den Pflichten gegen den Reichsverband nicht nachgekommen waren, aus den Listen gestrichen wurden.

Aus der beiläufigen Bemerkung, daß trotzdem eine Vermehrung der Ortsgruppen und Sammellestellen um 7 Prozent zu verzeichnen sei, würde sich ein Gesamtbestand von ca. 1100 dieser Organisationen ergeben.

Darauf mag der Reichsverband stolz sein, schaden kann er der Sozialdemokratie mit diesem Heere nicht; er ist sicher froh, daß er noch nicht von der Sozialdemokratie zerrieben werden ist.

Zugleich es der Sozialdemokratie gelungen war, auch im Jahre 1910 sowohl bei Kommunal- wie Landtags- wie vor allem bei Reichstagswahlen beträchtliche Erfolge zu erringen, so sind doch die Hoffnungen der Sozialdemokratie, daß ihr gescheitert und von ihr am meisten gehasste Gegner, der Reichsverband, bald das Zeichne legen werde, völlig zufrieden geworden.

Der Geschäftsbericht teilt weiter mit, daß geplant sei,

für die bevorstehenden Reichstagswahlen, ebenso wie 1907, eine Wahl-Korrespondenz herauszugeben, die während der eigentlichen Zeit des Wahlkampfes mehrmals möglicherweise erscheinen und nicht nur größeren Zeitungen, sondern auch kleinen Blättern zur Verfügung gestellt werden soll, die in den Zeiten außerhalb des eigentlichen Wahlkampfes meist nicht den genügenden Raum zur Verfügung haben, um von der Korrespondenz des Reichsverbandes entsprechenden Gehrauch zu machen. Die Erfahrungen des Jahres 1906/07 haben aber gezeigt, daß während der eigentlichen Wahlbewegung auch die kleineren Lokalblätter gern bereit sind, aufklärende Aufsätze über die Sozialdemokratie zu veröffentlichen, und diesem Bedürfnis soll durch das häufigere Erscheinen einer Wahlkorrespondenz nach Möglichkeit abgeholzen werden.

Weiter hofft der Reichsverband, daß besondere Verbandsstellen, die er für den Schriftenverband eingerichtet hat, bei den Wahlen gute Dienste leisten werden, da auf diese Weise die Flugblattverbreitung leichter vorstatten geht. Die Flugblattverbreitung scheint dem Reichsverband noch ziemliche Schwierigkeiten zu machen. Er konstatiert als besonderen Erfolg, daß die Zahl derjenigen Ortsgruppen, die sich an der Flugblattverbreitung bisher noch nicht beteiligt haben, innerhalb eines halben Jahres um fast 20 Proz. abgenommen hat. Und endlich verspricht er sich viel von Rechtsauskunftsstellen, die er als Gegengewicht gegen die Arbeitersekretariate zum Teil errichtet hat und noch errichten will. Natürlich soll auch die gelbe Gewerkschaftsbewegung durch den Reichsverband väterlich unterstützt werden; um diese Arbeiterschichten zu interessieren, seien zwei Arbeiter in den Ausschuss des Reichsverbandes gewählt worden.

Die nächsten Wahlen werden zeigen, daß weder die massenhafte Flugblattfabrikation der Reichsverbände noch ihre verlogenen Angriffe auf die Sozialdemokratie, noch endlich ihre Rechtsauskunftsstellen, noch ihre Arbeitermitglieder im Ausschuss vermögen, der Sozialdemokratie den erhofften Schaden zuzufügen. Die Wählerschaft kennt den Reichsverband und ist mit ihm fertig.

Vielbildung des Volkes zu sein . . .

In ihrem Geburtstagsartikel zum 27. Januar phantasiert die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Während der bald 28 Jahre seiner Regierung hat unser Kaiser und König in allen Teilen Preußens und der andern deutschen Staaten geweilt, und allenthalben sind ihm Liebe und Begeisterung entgegengebracht worden, die bezeugten, daß das preußische und das ganze deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit seine Empfindungen für die Persönlichkeit des Trägers der Hohenzollernkrone durch parteipolitische Sonderungen sich nicht trüben läßt. Dann tritt die wirkliche Stimmung des Volkes in ihrer Reinheit und Echtheit in Erscheinung, dann schwindet der im politischen Lageskampfe erzeugte und verbreitete Dunst, und es offenbart sich das Gemühen gewisser deutscher Arbeitskämpfer Elemente, diesen Dunst zu einer Schwelle zwischen Monarchie und Volk zu verdichten, in seiner ganzen Fruchtlosigkeit.

Die "deutsche Art entprendeten Elemente" pflegen sonst kürzer als vaterländische Gefellen bezeichnet zu werden. Wer den Geburtstagstaunel der "Nordd. Allgem. Ztg." nicht unbedingt teilt, ist selbstverständlich nicht verpflichtet, Deutscher zu tragen. Die "Nordd. Allg. Ztg." aber meint: "Nicht byzantinischer Lobredner! bedarf es, um laut und frei auszusprechen, daß die Regierungszeit Kaiser Wilhelm II. für Preußen und Deutschland eine Epoche außerordentlichen Fortschritts auf allen Gebieten der öffentlichen Wirklichkeit umfaßt. Wilhelm II. selbst hat das besser stilisiert: „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen.“

Mandatsmüde.

Fürst Hatzfeld, Herzog von Sachsenberg, hat nach einer Breslauer Meldung gebeten, von seiner weiteren Kandidatur als Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Breslau-Ost bei der bevorstehenden Reichstagswahl abzusehen. — Hatzfeld wurde 1907 mit 22 169 gegen 16 591 sozialdemokratische und 122 polnische Stimmen gewählt.

Eine Zentrumsfehde.

Im Wahlkreis Mörs-Rees ist es wegen der Kandidatur zur kommenden Reichstagswahl zu einem Konflikt im Zentrums Lager gekommen. Die Vertrauensmänner des Kreises Rees hatten eine Wiederaufstellung des bisherigen Zentrumsabgeordneten Fricke, der in der Stichwahl mit 18 155 Stimmen gegen 15 589 reichsparteiliche Stimmen gewählt wurde, abgelehnt. Die Folge war die "Demission" zweier Mitglieder der Parteileitung in Mörs und Rees. Eine Vertrauensmännerversammlung in Rees beschloß, von einer endgültigen Stellungnahme zur Kandidatur vorläufig Abstand zu nehmen.

Rußland.

Die Gefangenistragödie in Serentui. Endlich ist auch der Schleier gelüftet, der bisher über den bekannten Vorgängen auf der Katorga zu Serentui lag, wo die Durchpeitschungen der politischen Gefangenen zu Massenselfstmördern Anlaß gaben. In der Zeitung "Wjatka-Seljisch" wird folgender Brief eines Gefangenen veröffentlicht, der während der Exekutionen in Serentui war: „Ich schreibe diesen Brief von unterwegs. Wie Dir bekannt ist, war das Leben bei uns in Serentui ziemlich erträglich. Da ernannte man einen neuen Direktor für unser Gefängnis, nämlich den früheren Direktor der Arrestantenkompanie in Perm, einen gewissen Wisogki. Gleich bei der Übernahme der politischen Gefangenen redete er jeden von uns mit Du an. Dieser Arede ungewohnt, antworteten wir ihm nicht. Als er uns zur Rede stellte, erhielt er die Antwort: „Auf Du antworten wie nicht.“ Gleich darauf wurden 30 Personen in den Karzer geschleppt. Nachdem er den Empfang der Gefangenen beendet, kam Wisogki in die Gefangenenzelle und die Gefangenenträger kommandierten: „Ruhe, aufgestanden!“ Hier leisteten einem solchen Kommando nicht Folge. Darauf befahl Wisogki den Aufzetteln, uns mit Gewalt hinzuholen. Am folgenden Tage ließ Wisogki einen Gefangenen aus dem Karzer holen, um ihn mit Ruten zu züchten. Auf dem Bege nahm aber der Gefangene ein Faßchen mit Salmiak-säure aus der Tasche, trank es und fiel gleich zu Boden.

Man ergriff den Unglücklichen und brachte ihn ins Spital. Da die Lösung nicht sehr stark war, blieb er am Leben, obgleich für seine Wiederherstellung wenig Hoffnung vorhanden ist. Darauf wurde ein anderer Gefangener aus dem Karzer geholt und durchgepeitscht. Wisogki kam wieder in die Gefangenenzelle, wo sich dieselbe Geschichte mit dem Kommando und dem Aufstellen wiederholte. Darauf wurde aus der Zelle wieder ein Gefangener geholt und durchgepeitscht. Nach allen diesen Ereignissen begannen wir Politischen den Hungerstreik. Das war am Morgen des 10. Dezember. In der darauffolgenden Nacht versigste sich Schajnow, während zwei andere sich die Venen ausschnitten. Am dritten Tage begingen noch drei Gefangene einen Selbstmordversuch. Darauf kam die Obrigkeit zu uns, die Exekutionen wurden eingestellt. Wie der Briefschreiber meldet, wurden sämtliche politischen Gefangene aus Serentui nach den benachbarten Katorgas gefangen in Kutamara, Katai und Algatschi übergeführt. Nach anderen Meldungen, die uns zugegangen sind, sind die Justiz und das Regime in diesen Gefängnissen so furchtbarlich, daß man täglich neue Gefängnisse erwartet kann.

Frankreich.

Es bleibt bei den 15 000 Francs Diäten. Nach ziemlich erregter Debatte lehnte die Kammer mit 316 gegen 210 Stimmen den Antrag auf Beseitigung des Gesetzes ab, durch das die Diäten der Deputierten auf 15 000 Francs jährlich festgesetzt werden. Der Ministerpräsident hatte gebeten, im Interesse der Würde der Kammer und des Landes den Antrag abzulehnen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 27. Januar.

Kinderhaus. Alle Fälle von Kindermishandlung, Verjährung, übermäßigster Ausbeutung melde man den Mitgliedern der Kinderhaus-Kommission:

Frau Söll, Steinrader Weg 32,
Fechtadt, Warendorpstr. 1,
Kleinfeldt, Glandorpstr. 8,
Gierlich, Karpfenstr. 18 II,
Henze, Warendorpstr. 66 II,
Rubbert, Loignystr. 18, Hinterhaus,
Vahr, Margaretenstr. 12,
Mehlis, Dankwartsgrube 68 III,
Burmeister, Böttcherstr. 13,
Engel, Elswigstr. 24 a.

sowie im Arbeitersekretariat und bei Frei-Mehlein, Steinrader Weg 57 und Heinrich Radden, Meierstr. 40.

Die "Lübeckischen Anzeigen" setzen ihren Verleumdungsfeldzug gegen die Ortsfrauenkassen fort. Anstatt auf unsere Aufrichter Beweise für ihre Behauptungen zu erwidern, reden sie jetzt von einem Zusammenspiel zwischen Streiklisten, Streikleiter, Otto, Freikampfvereinen und Altmühlheimis und sagen schelmisch hinzu, der "Volksbote" sei hierüber auch wohl unterrichtet. Das ist ein so alter abgefahrener Trick, daß er bei uns nicht mehr verfügt. Man sieht aber jetzt wieder einmal, mit welchen schmälichen Mitteln diese Großstadt arbeitet. Anstatt mit Beweismaterial zu operieren, ergibt sie sich in dunklen Verdächtigungen und verläßt sich darauf los, in der Hoffnung, daß doch vielleicht etwas hängen bleibt.

Der achte Vortragsabend des Geistes Rühle über "Grundprinzipien der Wissenswirtschaftslehre" findet umständlicherhalber nicht Dienstag, den 31. Januar, sondern Mittwoch, den 1. Februar statt. Wir bitten die Teilnehmer des Vortragskurses, dies zu beachten.

Der Kaufmann von Venetig, dieses patente Schauspiel Shakespeares wird am kommenden Sonntag nachmittag für den Arbeiter-Bildungsverein im Neuen Stadttheater aufgeführt. Zur Einführung wird morgen Sonnabend abend um 9 Uhr (nach der Auslösung) im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein kurzer Erläuternder Vortrag über die geschilderten Stükken gehalten. Es ist jedem Besucher der Vorstellung in seinem eigenen Interesse anzuraten, dem Vortrage beizuhören. Derselbe ist kostenlos. — Ferner möchten wir auch bei dieser Gelegenheit die dringende Bitte wiederholen, am Sonntag kurz nach 2 Uhr im Theater zu erscheinen, da die Vorstellung präzise 2½ Uhr beginnt. Später kommt keiner beeinträchtigen durch die Sitzung die Wirkung des Stükkes auf sich selbst und die übrigen Theaterbesucher.

Lexbücher a 20 Pg. sind noch in der Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. sowie bei der Auslösung am Freitag und Sonnabend abend erhältlich.

Vorläufe der Ober Schulbehörde. Am 4., 11., 18. und 25. Februar wird in der Aula des Johanneums der in den Kreisen der deutschen Turnerschaft allgemein bekannte Turninspektor Möller-Altona seine Vorlesungen über "Moderne Strömungen im Turnen" halten.

Eine auch für hiesige Saalbesitzer wichtige Entcheidung fällt die Schöffengericht in Neuhausen. Dort hatten sich in fünf Fällen Restaurateure zu verantworten, weil sie Vereinen gestatteten, an Sonnabenden über Mittwochnacht zu tanzen. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß zur Nachzeit von einer Nichtachtung der Heiligabend der Sonnabend und Feiertage überhaupt keine Rede sein könne. Gilt von morgens 6 Uhr können man annehmen, daß der Sonntag in seine Rechte trete. Wenn dann noch Trunkenen aus den Feststädten heimfahren sollten, so liege es ja im Ermessen der Polizei, gegen solche Leute energisch vorzugehen und sie von der Straße zu entfernen. Die angelegten Gasträte würden freigesetzt. Wir empfehlen diese nach unserer Meinung durchaus zutreffende Entscheidung den hiesigen Saalbesitzern zur Beachtung!

Jungens lernt Schnellere! Mit diesem Lockruf als Überdrift macht ein Artikel die Runde durch die bürgerliche Presse. Es wird darin gesagt:

Es besteht in manchen Handwerksreihen ein Mangel an geschulten Arbeitskräften. Besonders im Schneiderberufe macht sich dies in empfindlichster Weise bemerkbar, so daß die Löhne von Jahr zu Jahr sprunghaft steigen und tüchtige Juschneider die höchsten Forderungen stellen können. Im letzten Jahrzehnt haben sich die Löhne nachweislich verdoppelt. Auch in der letzten Zeit wird ein tüchtiger Schneidergeselle nicht stellungsfrei sein, denn jeder Meister sucht heutzutage seine Arbeitskräfte mit allen Mitteln sich zu erhalten. Vor allem aber bieten sich im Schneidergewerbe gute Aussichten auf spätere Selbstständigkeit, während diese im Kaufmannsberuf für einen jungen Mann ohne Mittel gleich Null sind. Eltern sowie die jungen Leute, welche demnächst ins Leben hinaustreten,

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 23.

Freitag, den 27. Januar 1911.

18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“
Berlin, den 26. Januar 1911.

115. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz von Bethmann-Hollweg.
Dr. Delbrück, Lisco, Vermuth, Born von
Bulach.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Gesetzentwürfe über eine

Verfassung für Elsaß-Lothringen

und die Wahlen zur zweiten Kammer des Landtags für
Elsaß-Lothringen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Frage der definitiven Regelung des Reichsvertrages von Elsaß-Lothringen ist wiederholt in den Reichstagen und auch hier erörtert worden. Auch eine reiche Literatur ist darüber entstanden. Daß die Frage dadurch nicht geklärt wurde, ist nicht verwunderlich, denn sie ist sehr kompliziert. Wichtig ist sie nicht nur für die Elsaß-Lothringen, sondern auch für das Reich und ganz besondere Schwierigkeiten ergeben sich noch aus der Natur des Reichsvertrages als gemeinsamer Vertrag der Bundesstaaten. Für Bismarck kannte diese Schwierigkeiten wohl, er zog seinerzeit die Schaffung des Reichsvertrages der Einverleibung in Preußen vor; die Elsaß-Lothringen meinte er, würden lieber Deutsche sein als Preußen und Elsaß-Lothringen sollte solange unmittelbares Reichsland bleiben, bis die Elsaß-Lothringen in der deutschen Völkerfamilie mündig geworden und selbst in der Lage seien, ihre Wünsche über die Gestaltung ihrer Beziehungen zu Deutschland zu äußern. Redner wies einen Rückblick auf die Vergangenheit Elsaß-Lothringens. Bei der Einverleibung war das Land im wesentlichen deutsch, doch habe sich infolge der mächtigen französischen Tradition scharf Protest gegen die Loslösung von Frankreich gestellt gemacht. An Stelle dieses Protestes sei aber jetzt ein Zustand getreten, der sich auf den Boden des historisch Gewordenen stellt. Die deutsche Kultur sei im Begriff, die fremdländische zu überwinden, wenn die Politik auf eine allmähliche Verschmelzung der Reichsstände mit dem deutschen Vaterlande herausläuft, konsequent weiter verfolgt wird. Die Elsaß-Lothringen selbst wollen nun eine grundlegende Ausschaltung des Reichstags bei der Landesregelung. Dieser Wunsch ist begründet. Begründet ist auch der Wunsch der Ausgestaltung des Landesausschusses zu einem wirklichen Parlament, und damit entsteht die Frage nach dem Wahlrecht für dieses Parlament. Bei dem jetzigen Wahlrecht durch kommunale Körperschaften tritt eine klare Scheidung in Parteien nicht ein, und keine Regierung kann mit einem solchen Parlament vormärts kommen. Es kommt hinzu, daß gerade in diesen Kreisen die französische Tradition mächtig ist, die wir überwinden wollen. Auch ein nach Besitz und Bildung abgestuftes Wahlrecht würde dieselben Kreise stärken, deren Politik dem allgemeinen politischen Zielen entgegengeht ist. (Zurufe bei den Soz.) Gerade wie in Preußen! Deshalb schlagen die verbündeten Regierungen das

Allgemeine Wahlrecht, aber mit zwei Einschränkungen vor. Mit der Einschränkung der Altersstimmen, denn gerade im Elsaß zeigte es sich, daß bei den letzten Demonstrationen die jugendlichen und politisch Unreifen die Hauptrolle spielten. Die Anteilnahme des Bundesrats in den Reichstagen war bisher eine mehr formale, aber wenn wir auf ihn verzichten, so ist zur Abschwächung der Wirkung des allgemeinen Wahlrechts eine überwachende Institution notwendig, und somit ergibt sich die Errichtung des Oberhauses von selbst. Darin sollen die Verluste vertreten sein, die bei dem allgemeinen Wahlrecht zu kurz kommen, und der Kaiser soll durch die Ernennung von Mitgliedern des Bundesrats einen Ersatz für die bisherige Überwachung ausüben. Mehrfach wird auch die Ernennung eines Statthalters auf Lebenszeit gefordert. Sie ist aber undurchführbar, dadurch würde

der Kaiser und jeder Einfluß des Reichs ausgeschaltet. Die Vorlage bedeutet einen Schritt zu dem Ziele der vollständigen Verschmelzung der Reichsstände mit dem Reiche. (Bravo! rechte.)

Bonderscheer (B.): Der Reichskanzler hat durch Einbringen der Vorlage sein Versprechen nur äußerlich eingeholt. Wir hoffen die Hoffnung, Elsaß-Lothringen solle als vollberechtigter Bundesstaat vom Reiche aufgenommen werden. Das ist leider nicht der Fall. Die Grundlage der Verfassungsreform bildet der § 1: "Die Staatsgewalt in den Reichsständen übt der Kaiser aus." Damit soll Elsaß-Lothringen weiterhin bloßes Reichsland sein, weiterhin ein erobertes Land,

weiterhin ein Volk mit Verlust der staatlichen Ehrenrechte!

Welche Erneuerung für ein in freiheitlichen Grundsätzen groß gewordenes Volk. Wie erbitternd das wirken muß, muß jeder fühlen, der nicht durch Vereinigungsherrschaft geblendet ist. Nach einer Wartezeit von 40 Jahren hätten wir wohl volle Autonomie verlangen können. Wir wünschen einen eigenen Landesherrn an der Spitze, denn die republikanische Staatsform scheidet aus naheliegenden Gründen aus. Will man uns das verweigern, so hätten wir doch eine Vertretung im Bundesrat bekommen müssen. Wenn von Schwierigkeiten gesprochen wird, so sind Schwierigkeiten dazu da, um überwunden zu werden. Also sprach Herr von Bethmann hier im März vorigen Jahres. (Heiterkeit und hört, hört!) Wenn wir durchaus einen Statthalter haben sollen, so muß er wenigstens lebenslänglich und kein bloßer Mandatar preußischer Interessen sein. Anzuerennen ist, daß die Verfassung Elsaß-Lothringen eine selbständige Gesetzgebung und an Stelle des indirekten Wahlsystems ein dem Reichstag angehörendes Wahlrecht gibt. Indessen wird die Kommission noch viele Einzelheiten verbessern müssen. Unannehmbar sind für uns die erste Kammer in der Gestalt des Entwurfes mit dem zu weitgehenden Ernennungsrecht des Kaisers, die Übertragung der Wahlprüfungen an den aus abhängigen Beamten bestehenden Kaiserlichen Rat und die Bestimmung, daß Änderungen der Wahlkreiseinteilung auf dem Verordnungswege erfolgen sollen. Der Entwurf ist eine geeignete Grundlage, bedarf aber noch sehr der besseren Hand. In treuer gemeinsamer Arbeit müssen Bundesrat und Reichstag die Schwierigkeiten überwinden. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Eimel (SD): Die ruhige Art des Staatssekretärs stach vorteilhaft ab von der maßlosen Sprache der chauvinistischen alddeutschen Presse. Fortgesetzt lärmte diese Presse über

sogenannte "Fälle"

in Elsaß-Lothringen. Über den schwierigen Meier Fall will ich mich nicht äußern. Ein Unendliche aufgebaut wurde der sogenannte Dörnacher Fall. Sowohl von einem Fall hier die Rede sein kann, handelt es sich um eine gerade groteske Kleinlichkeit der Polizei. überhaupt sind von 100 Fällen 99 aufs Konto der Polizei zu sehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Gegner Elsaß-Lothringens suchen besonders vor den sogenannten reichsdeutschen "Nationalisten" gruselig zu machen. Über die Wetterle, Preiß usw. sind wirklich nicht so furchterliche Leute. Sie haben Herrn von Kölle direkt aus der Hand gefressen. (Große Heiterkeit.) Damals wollten sie sogar den Kaiser zum Landesherrn haben. Als sie aber beim neuen, noch dazu Landeseingesessenen Staatssekretär Born von Bulach den Anschluß verpaßten, da wurden sie wild und

minten Republikanismus,

obwohl eben Herr Bonderscheer die Republik als indiskutabel bezeichnet hat. Gewiß kommen oft bedauerliche Ausschreibungen der französischen Chauvinistenpresse vor. Aber sie werden meist provoziert durch die Sprache der Alddeutschen und reichen im allgemeinen an Maßlosigkeit an, die nicht heran. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und wenn ein Straf-

burger Leutnant in der Instruktionssunde die ganzen Elsaß-Lothringen als Schweine bezeichnet (Hört, hört!), so kann das gerade nicht germanisierend wirken. (Lebh. Sehr richtig! links und im Z.) Wir deutschen Sozialdemokraten haben oftmals in vollem Einklang mit unseren französischen Ge- nossen, namentlich mit Jaures, auf die einzige befriedigende Lösung der Elsaß-Lothringischen Frage verwiesen. Sie lautet: Völlige Gleichberechtigung für Elsaß-Lothringen und friedliche Verständigung mit Frankreich. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Nun zum Gesamtwerk selbst. Er bringt

eine Verpreußung des Reichslandes

und ist abgesehen vom dem Wahlrecht, eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. (Sehr richtig! links.) Von einer Selbständigkeit Elsaß-Lothringens ist nicht im entferntesten die Rede. Die Erhebung zum Bundesstaat wird unter keinen Einwänden abgelehnt, der Reichstag völlig ausgeschaltet. Alles wird dem neuen Landtag übertragen, der zur Hälfte vom König von Preußen ernannt wird. Der Gesetzeswurf widerspricht direkt den Verpflichtungen, die man vor vierzig Jahren den Elsaß-Lothringern gemacht hat. Im Gesetzeswurf über die Einverleibung steht ausdrücklich, daß auf eine Vertretung im Bundesrat hingewirkt werden sollte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Elsaß-Lothringen trägt die gleichen Pflichten wie die anderen Staaten, es müssen ihm deshalb auch die gleichen Rechte eingeräumt werden. (Beifall links.) Wenn die Begründung dieses Entwurfs behauptet, der Kaiser hätte das Gesetzgebungsrecht, so ist das ein Beweis für die

Rechtserfüllung von Regierungserklärungen.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn jetzt der Bundesrat widerspruchlos der Verpreußung Elsaß-Lothringens zugestimmt hat, so beweist das, daß der bayerische Löwe zahm geworden ist. (Oho! im Zentrum.) Ich meine nur, soweit die Vertretung im Bundesrat in Frage kommt. (Heiterkeit.) Bayern hätte gegen dieses einnahmende Wesen Preußens Einspruch erheben müssen. (Heiterkeit.) Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens ist mit dieser Regelung nicht zufrieden. Eine Volksabstimmung würde das deutlich zeigen. Für diese Verpreußung bedankt sich die Bevölkerung in der Zeit der Modabiter Polizei, der Landratswillkür, zu einer Zeit, wo in Preußen Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter verlangt werden. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Diese Verpreußung würde eine große Verbitterung hervorrufen und die Germanisierung bestrebungen schädigen. Deutlich sind die Elsaß-Lothringen und deutsch wollen sie bleiben, wenn man sie in Ruhe läßt; aber preußisch wollen sie nicht werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Schicksal der Polen und Dänen in Preußen wollen sie nicht teilen. Sie wollen Selbstverwaltung und Selbständigkeit und zwar

unter republikanischer, nicht unter monarchischer Staatsform.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Das wünscht die große Masse der Bevölkerung, und das entspricht auch dem Interesse des Reiches. Die Furcht vor der republikanischen Staatsform, die wir in Hamburg, Bremen und Lübeck haben, ist geradezu kindisch. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die republikanische Staatsform ist billiger, einfacher, schützt vor Unfähigkeit und in ihr ist das angeborene Übermenschentum unmöglich. Freilich kommen auch in Republiken Überraschungen vor. (Sehr richtig! rechts.) Ach, der Republikaner Haubz rüstet! (Sehr richtig! Heiterkeit.) Jedenfalls sind aber Überraschungen in Republiken seltener, und ungeeignete Personen sind in Republiken leichter zu entfernen als in Monarchien. (Sehr gut b. d. Soz.) Denn nicht alle Monarchen sind so modern wie der letzte König von Portugal, der friedlich seiner Wege gegangen ist. Der Staatssekretär erklärt eine erste Kammer für notwendig und den Landesausschuß für gänzlich unbrauchbar. Trotzdem will er die erste Kammer ähnlich zusammensetzen wie den Landesausschuß. Es ist traurig, daß ganze Gruppen sich nach einer Vertretung in der ersten Kammer drängen. Die Klerikalen wollen sogar statt ihrer beiden Bischofe ganze Domkapitel hinzuladen. (Heiterkeit.)

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(50. Fortsetzung.)

Herr Lüttnäs war geselliger Natur und ihm war nichts unangenehmer, als neben einem Menschen zu stehen und nicht mit ihm zu diskutieren. Er bat sich deshalb von dem Herren von Plümmeran, der sich eine Pfeife angezündet hatte, ein wenig Feuer aus, um sich auch eine anzünden zu können, und obwohl der Burgherr die Bitte nur dadurch erwiderte, daß er mit dem Daumen auf eine ihm im Rücken stehende Laterne verwies, so schreckte dies ihn keineswegs von seiner Unterhaltungsversuchen ab. Er lobte und schalt auf das Wetter und die Franzosen. Er bot dem Burgherrn eine Wette an. Er fragte, ob in Plümmeran schon Hafer gesäet sei, und ob die Erde bereits geblättert. Herr von Plümmeran, den dies alles unsäglich ennuizierte, beantwortete die ersten Fragen mit einem kurzen Ja oder Nein; die anderen aber schien er nicht besser zu hören, als wenn er aus Blei gegossen, oder aus Sandstein ausgehauen gewesen wäre. Herr Lüttnäs, der die NATUREN der Menschen nicht gerade sehr tief studiert hatte, schloß daraus, daß der Burgherr wohl hochmütig, aber auch nur blöde sei, und infolgedessen wurde er immer dreister.

"Sie haben da einen feinen Gelben", sagte er und trat zu dem Leibroß des Junkers, "wenn er nicht krumme Kniesäte und ein wenig französisch ginge und hier nicht die Schenkelklappe hätte, so wär's ein ganzer Gaul. Bähne sind ja auch schon lang. Geht still, Kanaille, und lass dir in die Mäuler gucken!" — Herr von Plümmeran sagte kein Wörtchen, aber er drehte unwillkürlich seinen Handstock zwischen den Fingern.

"Wir könnten einen Tausch machen," fuhr Lüttnäs fort, "ich habe einen Kenner, Herr, das wäre ein Pferd für Sie. Ein Wallach, sag ich Ihnen, wie ihn nur je ein Edelmann geritten hat. Noch von der echten, alten, fernmecklenburgischen Rasse, aber Blut darin. Vom Herodot haben Sie ja wohl gehört, des Hoenacker Grafen Schimmelhengst, den der Bonapart ihm wegnahm und nachher immer ritt, wenn's was Rechtes gelten sollte? Nun, das war der Urgroßvater von meinem Marengo. Mir ist das Eier ein bisschen zu feucht, denn ich werde bereits was alt und bin ein wenig stark von Person, aber für Sie

wäre das ein Pferdchen. Wenn Sie mir zehn Louisdors zahlen, so könnten wir handeln. Ein Edelmann muß auch ein edles Pferd reiten. Mit mir ist's ein anderes Ding. Ein Mensch, der durch alle Stürme seines Lebens nicht weiter gerettet hat, als seinen ehrlichen Namen und seine Sporen und sein echtes spanisches Rohr, der muß schon zufrieden sein, wenn von vier Beinen unter ihm ein paar nicht ganz in Ordnung sind. Ihnen gön' ich meinen Marengo, Herr von Plümmeran, denn ich bin sehr für die Edelleute. Bin auch Halbblut. Meine Großmutter war ein adelig Fräulein. Haben Sie den alten Landrat von Schnepfendorf auf Hohen-Dohlen gekannt? Das war mein Urgroßvater. Ich wollte, daß hundertausend Millionen von Leuten dem alten Harpax die Seele aus dem Leibe hapselten, denn er hat meinen Großvater auch nicht ein Siebelds vermaßt. Ich bin eine arme Waise. Ich habe keinen Vater und keine Mutter mehr. Meine Mutter starb Pfünfzig Neunundneunzig. Ich stehe allein in der Welt. Ein schwakes Rohr, das der Wind knickt. Aber durch alle Stürme meines Lebens hab' ich mir ein fröhlich Herz und meinen Bauch bewahrt und vor allem einen unbedeckten Namen und diese albernen Sporen und dies spanische Rohr und mein Liebstes: meinen Marengo, und den, Herr von Plümmeran, stelle ich Ihnen nun an".

Wenn Herr Lüttnäs das alles den Sternen erzählt hätte, so könnten sie sich nicht schweigsamer dabei verhalten haben, als sich Herr von Plümmeran verhielt.

"Nun sagen Sie ein Wort," fuhr Lüttnäs fort, "nur nicht blöde. Gefällt Ihnen mein Marengo nicht?"

"Es ist ein Schwandgaul," sagte Herr von Plümmeran, "und nicht einmal wert, daß ihm der Schinder das Fell abzieht."

"Was?" erwiderte Herr Lüttnäs, "Herr! beleidigen Sie mich nicht. Die Düsseler sind nicht von der Sorte, die man mit einem rauhen Handschuh jagen kann. Mein Onkel hat unter dem alten Blücher an der Kugel und bei Waterloo als Major von den Kurassiers gefochten. Ich habe wohl eher in Rostock mit Christian Dohmen zusammen einen ganzen Salon voll Schneidergesellen zum Fenster hinaus tanzen lassen. Auch der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Sie können mir jetzt dreißig Blei anbieten und ich nehme nicht. Wir sind hier in Preußen. Da ist's nicht wie in Mecklenburg; hier schimpft man auf das Bon. Hol der Teufel alle Junfern!"

Herr von Plümmeran hatte in der letzten Zeit sehr eifrig die Zeitungen studiert und darin oft von politischen Ereignissen gelesen, welche Frankreich ausgesendet haben sollte, um allerorten Umsturzgerüchte anzu-

zetteln. Er hatte sich oft im stillen gewünscht, daß ein solches Individuum ihm einmal unter die Finger geraten möchte, damit er an ihm ein erbaulich Beispiel für die artige Kreaturen statuiere. Heute kam ihm plötzlich in den Sinn, daß Herr Lüttnäs ein solches verruchtes Ungeheuer sei, und ohne sich auch nur einen Augenblick weiter zu beschäftigen, hielt er mit dem Giechstock auf ihn ein und zwar derartig kräftig, daß Herr Lüttnäs sofort allen Widerstand verlor und weiter nichts zu seinem Heile ausschüre, als daß er seine breite und am stärksten verhornte Seite dem Sturmwetter entgegenstünde und ein furchtbares Gebrüll austieß.

Das Schlaghagelwetter hatte bereits eine geraume Zeit gewütet, als der Onkel und seine Begleitung antanden. "Mein Gott! meine Herren," sagte der Onkel, "was ist das für eine Männer-Schläge zu erwarten? Wenn wir statt Gold-Schmuck finden, so habe ich keine Schuld. Ich bitte Sie, Herr von Plümmeran! — Düsseler gehst doch einige Schritte weiter zu, daß Du unter der Traufe wegkommenst. Steht da, wahrhaftig, so still, als wenn man einem Bullen den Rücken krafft. Habe ich recht, oder habe ich unrecht, meine Herren?"

"Nun hat er genug," sagte der Oberinspektor und fasste dem Burgherrn in den Schwertarm, "neunzehn hat er gezeigt, seit er hier steht und zwanzig wenigstens vorher, und mehr als neununddreißig soll ein Christenmensch einem anderen Christenmenschen nicht aufzählen."

"Scheren Sie sich, gefällig! um Ihre eigenen Sachen und lassen Sie mir den Arm los!" sagte Herr von Plümmeran.

"Ja, aber Sie dürfen ihn nicht mehr schlagen. Was hat er überhaupt getan?"

"Er ist ein französischer Emigrant," sagte nunmehr der Burgherr.

"Das ist ja gräßlich! Pfui!" sagte darauf der Onkel.

"Die Franzosen mögen vielleicht manchmal mit ihm was zu tun gehabt haben, aber daß sie einen Kommaheu aus ihm gemacht, das glaube ich doch nicht," meinte der Oberinspektor. "Sicher aber steht das, daß derjenige, der zufällig eine Tracht Peinig hinnimmt, namentlich, wenn er ein Kerl ist, der vierundzwanzig Schädel Roggen und drei Riesen mehrere Treppen hinauftragen kann, sie reichlich verdient hat, und ein Christenmenschen hat nur darauf zu achten, daß es dabei nach Gottes Wortschriften zugeht."

"Ich kann davon eine Geschichte erzählen."

(Fortsetzung folgt.)

Nur die Nachtwächter und Hundsfänger haben sich noch nicht gemeldet. (Lärche rechts.) Diese Leute, die sich so sehr nach der ersten Kammer drängen, die muss man verächtlich machen! (Schr. richtig! b. d. Soz.) und wenn es auf den Wert der Arbeit ankommt, dann haben die, die sich hinzudrängen, weniger Anspruch auf eine Vertretung als die Hundsfänger und die Nachtwächter. (Zust. b. d. Soz.) Die ganze Vorlage ist ein Produkt des Misstrauens gegen das Volk. Vom Volke aber wird Vertrauen verlangt. Das Wahlrecht soll zwar allgemein, aber nicht gleich sein, und die jungen Leute, welche deutsche Schulen besucht und im deutschen Heere gedient haben, sollen benachteiligt werden. Bevorzugt aber gegenüber den Arbeitern, die sich als Deutsche fühlen, sollen die nationalistischen und klerikalen Kreise werden, die ihre freie Zeit in Frankreich verbringen und die guten Seiten Deutschlands nicht kennen. (Burk. rechts.) Abgesehen von Preußen, hat Deutschland seine guten Seiten. (Zustimmung b. d. Soz.) Geschieht diese Begünstigung der nationalistisch-klerikalen Kreise

aus Angst vor der Arbeiterbewegung oder aus Liebe zum schwarzblauen Block? Wir protestieren gegen diese Verhunzung des Wahlrechts. (Schr. richtig! bei den Soz.) Und zum Schutz gegen diese, aus einem vorhunzten Wahlrecht hervorgegangene zweite Kammer will man auch noch eine Eiste einführen. Wir lehnen den Gedanken einer ersten Kammer überhaupt ab, wir wollen keine Gelehrte und Oberhäupter ab, bei uns führt man diese Mittelalterlichkeiten ein. Wir verlangen für Elsaß-Lothringen die republikanische Staatsform, gestützt auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. (Beifall b. d. Soz.) Dann werden die Fähigsten an die Spitze kommen. Die Schein-Republik mit dem lebenslänglichen Statthalter lehnen wir gleichfalls ab. Das Wahlrecht muss beiden Geschlechtern vom 21. Lebensjahr ab gegeben werden. Daneben müssen Volksabstimmungen treten, die das Parlament zu kontrollieren haben, und selbstverständlich muss Elsaß-Lothringen eine seiner Stärke angemessene Vertretung im Bundesrat erhalten. Die Regierung aber muss der Volksvertretung verantwortlich sein. (Zust. b. d. Soz.) Wir beantragen überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. In der Kommission werden wir bestrebt sein, dem Grundsatz Geltung zu verschaffen:

Alles für das Volk und alles durch das Volk.

(Lebh. Beifall bei den Soz.) V a s s e r m a n n (Matth.): Die Vorlage hat bisher ja keine freundliche Aufnahme gefunden. Wir unsererseits sehen in dem Entwurf eine geeignete Grundlage, ohne uns mit allen Einzelheiten identifizieren zu müssen. Auf keinen Fall dürfen wir den reichsständischen Nationalismus stärken, wollen aber diesen Regungen auch keine übertriebene Bedeutung beimessen. Lokale Krawalle kommen überall vor. Ebenso wie die Wahrung der Staatsanteriorität möchten wir aber auch, dass das Lieblingen der reichsständischen Regierungs-kreise mit den nationalistischen Elementen aufhört. (Lebh. Zust. b. d. Matl.) Die Aufgabe einer verständigen Regierung ist es, zur rechten Zeit Zugeständnisse zu machen. (Lebh. Zust. auf der gesamten Linke), sonst ereignet es sich oft, dass die Änderungen in viel radikalster Weise eintreten. (Erneute lebh. Zustimmung Linke.) Burk. bei den Soz.: Preußen! Wir Nationalliberalen verlangen für Elsaß-Lothringen eine wirkliche, aus Volkswahlen hervorgehende Volksvertretung und Stimmen im Bundesrat. Den ersten Verlangen kommt der Entwurf entgegen. Er modifiziert das Wahlrecht nur nach Altersstufen. Es darf aber bei der Gestaltung des Wahlrechts zur zweiten Kammer nicht vergessen werden, dass die Elsaß-Lothringen kein Vergleich mit dem demokratischen Wahlrecht der benachbarten süddeutschen Staaten ziehen werden. (Schr. wahr! links.) Nicht versuchen kann ich, dass der Abg. Ermel sich so sehr über die erste Kammer aufregt. Man darf nicht vergessen, dass Elsaß-Lothringen eine Grenzprovinz ist und dass schon darum Kantone nötig sind. (Schr. richtig! bei den Nationalliberalen und rechts.) Die Vertretung gewichtiger Verhältnisse in der ersten Kammer ist ein gefunder Gedanke. Über Einzelheiten der Zusammensetzung der ersten Kammer wird sich reden lassen. Selbstredend stehen wir auch durchaus auf dem Standpunkt des § 1, wonach die Staatsgewalt in den Reichslanden der Kaiser ausübt. In dieser Stellung S. Majestät des Kaisers müssen wir uns mehr festhalten, da wir weitgehende Zugeständnisse, z. B. in bezug auf das Wahlrecht machen. (Burk. b. d. Soz.: Gibt liberal!) Ja, meine Herren, hier kommen doch nicht nur liberale, sondern auch gewichtige nationale Interessen in Betracht. (Schr. richtig! b. d. Matl. und rechts.) Eine Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat wird sich ja nicht erreichen lassen, aber bei innerpolitischen Fragen sollte man sie zugestehen. Gegen die Vorlage der Regierung sind die prinzipiellen Gegner der Fortbildung des preußischen Wahlrechts-Umwelts hoffen wie, dass eine Einschränkung auf einer mittleren Linie zustande kommt, die Elsaß-Lothringen eine Volkskammer mit einem modernen Wahlrecht gibt. (Bravo! b. d. Matl.)

Dr. R a u m a n n (F. P.): Es soll hier die Verfassung eines Einzelstaates gemacht werden, aber nicht von ihm selbst, sondern von einer Römerschaft, die zu ihm nun in loser Beziehung steht. Wenn die württembergische Verfassung von 1906 etwa vor den Reichskammern hätte gemacht werden sollen — stellen Sie sich die Stimmlage vor, die in Württemberg auch unter einem solchen Gedanken hätte entstehen müssen. Die Stimmlage der Elsaß-Lothringen ist die gleiche. Nach 10 Jahren verlangen die Elsaß-Lothringen die Autonomie. Da erhebt sich nun die große Schwierigkeit der Unterbringung dieser neuen Kammer im Bundesrat. Die große Frage erhebt sich: werden diese drei Stimmen preußisch sein oder nicht? (Beifall rechts.) Nun redet so viel von dem wenigsten Reichsland der Bevölkerung der Reichslande. Aber im Bundesrat geht es doch noch recht freifürthlich zu. Hier leidet man an einer historischen Kriteriumsverfassung.

(Beifall und Schr. gut! links.) Gegen den Kaiser verloren hat man in Elsaß-Lothringen nichts mehr einzumachen als unterwärts auch. Aber es zeigt sich, dass das monarchische Prinzip in Elsaß-Lothringen in den vergangenen 50 Jahren keine moralischen Erobерungen gebracht hat. Ein erbärmlicher Landeskrieger ist in Elsaß-Lothringen eine ähnlich erbärmliche Vorstellung, wie etwa der Kaisers ein erbärmlicher Oberbürgermeister. (Schr. gut und Beifall b. d. Soz.) Beträchtet man den Entwurf, so bringt uns zunächst das Sozialstaatensystem ins Auge. Und dann erhebt sich die Frage: Was geschieht mit dem Budget, wenn die Kammer nicht einzigen? Die Antwort lautet: die Regierung ist dazu, was sie will. (Beifall rechts.) Und nun die Zukunftserlegung der ersten Kammer. Mit ihr verglichen, ist das preußische Kriterium ein sezierliches Gebilde. Politisch wünschen wir nichts Schöneres, als dass die Macht nach dieses Kriteriumsgeboten steht, nicht bald so weit bestimmt sein wird, wie die Macht des zugründelichen Überhanges im Begriff ist, es zu werden. (Lebh. Zust. rechts.) Es zeigt auch nicht von einer fortgeschrittenen Ausprägung, dass die Verfassung kein Wahlrecht den Frauen

kennt. (Schr. wahrl links.) Die Verschiedenheit der Aufenthaltsbeschränkungen sollte man ebenso fallen lassen wie die königlich-sächsische Altersbeschränkung.

(Beifall und Zust. links.) Wenn man an Alter und Weisheit gedenkt, vor Gott und Menschen, so ist es doch immer noch fraglich, ob das im Verhältnis von 1:3 geschieht. Mit solchem Kleinraum holt man nichts heraus. Im übrigen freuen wir uns, dass das vorgeschlagene Wahlrecht große Vorteile vor dem preußischen hat, und wir freuen uns, dass der Reichskanzler Gelegenheit hat, mit der Harmonie und Systematik, die ihn auszeichnet (Beifall rechts), das für Elsaß-Lothringen vorgeschlagene Wahlrecht vor uns hier ebenso zu verteidigen, wie das Klassenwahlrecht in Preußen. (Bravo! bei der Volksk.)

D o n D i r k s e n (Rp.): In bezug auf die Beurteilung des Entwurfs ist die Meinung meiner politischen Freunde geteilt. Wir stimmen aber alle der Kommissionserörterung zu. Der Hauptfehler ist vor 40 Jahren gemacht worden, als man versäumte, Elsaß-Lothringen dadurch unlöslich mit dem Reich zu verbinden, dass man es unter die benachbarten Bundesstaaten aufteilte. (Lachen links.) Fehler sind den Elsaß-Lothringen gegenüber gemacht worden, wie den Polen und Dänen gegenüber. (Schr. richtig! links.) Statthalter und Staatssekretäre, die ich nicht nennen will, haben ihren Anteil an dem verhängnisvollen System der Systemlosigkeit. Die vorgeschlagene Verfassung entspricht nicht den extremen Wünschen, aber gerade darum verdient sie wohlwollende und objektive Beurteilung. Zu allgemeinen stehen wir ihr sympathisch gegenüber, können uns sogar mit dem direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrecht absindern. Unsere Bedenken sind allerdings durch die weiteren Vorgänge verstärkt worden, und es erscheint zweifelhaft, ob angesichts dieser Vorgänge die Vorlage eine Verhüllung der Gemüter bringt. Wir wollen eine Verfassung für alle Ewigkeiten. (Schallende Beifall links.) Jedenfalls eine, die für absehbare Zeiten Ruhe schafft. Ob der Zeitpunkt dafür schon gekommen ist, darüber wollen wir uns in der Kommission unterhalten. (Bravo! bei der Reichspartei.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.
Schluss 7:45 Uhr.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Budgetkommission.

In der Mittwochssitzung der Budgetkommission verübten die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen, einen folgenschweren arbeiterfeindlichen Streich. Unsere Genossen unterbreiteten der Kommission folgende Resolution zur Annahme:

„Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler wiederholz zu ersuchen, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben, sowie die Marine seit zwei Jahren ganz enorme Lohnabzüge vorgenommen habe. Auf den Reichsvertraten würden ferner sehr zum Schaden der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Arbeiteranschlässe nicht gehörte. — Der Staatssekretär versuchte, darum die Resolution im allgemeinen schon Rechnung getragen werde, das Reichsmarineamt könne auf Privatbetriebe keinen Einfluss ausüben. Dieser falschen Auffassung wurde von sozialdemokratischer Seite unter Hinweis auf die englische Marine, die nur mit tariftreuen Firmen arbeite, scharf entgegengesetzt. Vor zwei Jahren hatte die Kommission eine gleichlautende sozialdemokratische Resolution angenommen: ihre Wiederholung in diesem Jahre sollte die Verwaltung zur tatsächlichen Erfolgung veranlassen. Nun das ist wiederholz zu tun. Ich lehne die bürgerlichen Parteien die Resolution jetzt ab. Durch dieses arbeiterfeindliche Verhalten der bürgerlichen Parteien ist der Marineverwaltung geradezu ein Freibrief ausgeholt, worüber die Arbeiteranschlässe zu mißachten; ferner werden auch die Firma Krupp und andere daraus ersehen, dass sie die Löhne der Arbeiter bei Lieferungen für das Reich ungeniert drücken können, ohne in geringsten daran gehindert zu werden. Die Werksarbeiter und auch die Arbeiter anderer für die Marine liefernder Betriebe werden sich das merken.“

Im Paar der Beratung folgte noch eine Reihe vertraulicher Mitteilungen. Das Antragsdokument gab der Schatzkanzler eine infrastrukturelle Darlegung der Vorgänge beim Untergang des Unterseeboots „U 3“. Zur Schiffsbauten, Armerien, Umbauten u. dgl. wurden entsprechend dem Flottengefege 250 273 000 Mt. bewilligt; das sind 6,7 Milliarden mehr als im Vorjahr.

Reichsverfassungsvorordnung.

Die Kommission setzte am Mittwoch und Donnerstag ihre Beratungen fort. Beim § 529 beantragten die Sozialdemokraten, Berücksichtigung vereine auf Gegenseite zu sind auf ihren Antrag als Erreichbarkeit zugelassen, wenn sie mindestens 1000 Mitglieder haben und ihre Sitzungen den §§ 529–537 genügen. Der Antrag wurde abgelehnt; ebenso der Beschluss der ersten Lesung. Dagegen wurde der Antrag § 1 (Zertifikat) angenommen, nach dem eingehende Hilfsstellen, die am 1. April 1909 bestanden, auf ihren Antrag zugelassen sind, und zwar für den an diesem Tage durch die Sitzungen bestimmten Kreis ihrer Mitglieder, wenn sie dauernd mehr als 1000 Mitglieder haben. Die oberste Verwaltungsbehörde kann die Zahl auf 250 herabsetzen. § 531 wurde in der Fassung der Regierungsvorlage wieder hergestellt, ebenso im § 532 der zweite Satz der Regierungsvorlage und im § 533 Absatz 3 der Regierungsvorlage. Zum § 541 beantragten die Sozialdemokraten, dass die Mitglieder der Reichsstaaten von der Verpflichtung einer Orts-, Betriebs- oder Gewerbeaufsicht auszugehen, befreit seien, die Unternehmer aber verpflichtet sind, sie sofort bei Eintritt in die Arbeit bei den Reichsstaaten anzuhören und ein Drittel der Beiträge einzuzahlen. Dieser Antrag wurde abgelehnt; der Antrag 2 der Regierungsvorlage wieder hergestellt. § 544 wird daher abgeändert, dass es dem Berücksichtigungsvorbehalt gestattet sein soll, mit Beginn jedes Kalenderunterhalbjahrs einer Reichskasse beizutreten; er mag es aber mindestens einen Monat vorher dem eigentlich zuständigen Kassen-verbande weisen.

Der bis dahin zurückgestellte § 462 wird in der Fassung eines Zentrumsantrages angenommen, der besagt, für die in der Landwirtschaft Beschäftigten mit Ausnahme der Betriebsbeamten und anderer in gehobener Stellung Beschäftigten und auch der Facharbeiter gelten, die §§ 528, 541–544 nicht.

Es wird dann mit der zweiten Lesung des ersten Buches begonnen. Die Kommission kam bis zum § 21, ohne dass wesentliche Änderungen der Beschlüsse der ersten Lesung vorgenommen wurden.

Vom Schoß der Mutter Kirche.

An der katholischen Trinitatiskirche in Leipzig wirkte der Kaplan Johann Koschik, der im Juli 1910 einen mehrwöchentlichen Urlaub nach Eger (Böhmen) nahm und von dort aus seiner vorgelegten Behörde mitteilte, dass er aus der katholischen Kirche austrete. Im August trat er zum Protestantismus über und ließ sich am 24. September unter strengster Beachtung aller gesetzlichen Vorschriften mit der Schauspielerin Rossi Klögel trauen.

Der Schritt des „Abtrünnigen“ machte den Klerus mobil und es gelang ihm auch, die rechtmäßig abgeschlossene Ehe zu zerstören. Die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte eine Reihe von authentischen Briefen, die über die Entwicklung der Tragödie Aufschluss geben.

Fortwährend erhielt Koschik, wie seine Gattin in einem Briefe mitteilte, lateinische Briefe und Telegramme, in denen er aufgefordert wurde, seine Frau zu verlassen und wieder in den Schoß der Kirche zurückzukehren. Der Vater Roginger in Prag, Koschiks ehemaliger Lehrer, schrieb ihm:

„Absolution werden Sie sicher erhalten; eine Anstellung in der Seelsorge, die Ihnen jetzt sicher in Aussicht stand, wird nunmehr schwerer und erst nach längerer Prüfungszeit für Sie zu erreichen sein.“

Zweimal verließ Koschik seine Gattin, kehrte aber jedesmal wieder zu ihr zurück, das dritte Mal verließ er sie endgültig. Er ging in Wien zu einem katholischen Priester, der ihn nach Deutschland begleitete und dort einen Strafkloster zuführte. In seinem Abschiedsbrief an seine Gattin schreibt Koschik:

„Mein Verhalten hat zur Folge, dass ich bedeutend länger interniert und auch für alle Zukunft strenger gehalten werde. Es ist mir nicht möglich und vielleicht auch nicht erlaubt, Genaueres über meine zukünftigen Tage zu berichten, zum Teil weiß ich es selbst noch nicht. Über davon sei überzeugt, dass keiner der Tage wiederkommen wird, die das schöne Wien mir brachte, und dass ich meine letzte Kraft brauche; bloß um das zu denken, was meiner harrt. Mein Erdenglück ist zerschellt, ich bin jetzt da auf Erden zu leiden.“

Angewählt soll sich Koschik jetzt in dem Priesterhause aufzuhalten, das in dem Wallfahrtsorte Neustadt in Oberschlesien auf dem Kapellenberg steht und von dem Franziskanerpater Quirinus verwaltet wird. Seiner Gattin ist es bisher unmöglich gewesen, Verbindungen mit ihm zu erhalten. Beide sind sich in Sachsen, wo der Fall sehr besprochen wird, dass die lutherische Regierung Schritte unternommen hat, um die Affäre aufzuklären.

Die klerikale „Sächsische Volkszeitung“ bezeichnet den Fall als eine „Mystifizierung der Öffentlichkeit“ und sagt:

„Bereits Ende Oktober befundet Koschik seinen Willen sich mit der Kirche zu verbünden. Es hat ihn lange, schwere Gewissenskämpfe kostet, bis er den Rückweg fand. Wollkommen freut er sich in ein Priesterhaus zurück und nahm dort freiwillig seinen Aufenthalt. Es wurden ihm sogar die Geldmittel zur Verfügung gestellt, damit er die Rückreise antreten kann, falls er in dem Priesterhause nicht bleiben will.“

Weiter meint die „Sächsische Volkszeitung“:

„Die Ehe istlich und staatlich als ungültig zu betrachten. Nach dem § 63 des österreichischen Bürgerlichen Gesetzbuches können Geistliche, die schon höhere Weihen empfangen haben, die vor Ordenspersonen das feierliche Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt haben, keine gültigen Eheverträge abschließen. Der Pastor in Eger durfte also die kirchliche Ehe nicht einzegen, weil ihn bekannt sein musste, dass hier ein gesetzliches Ehehindernis vorliegt.“

Aber auch nach dem reichsdeutschen Bürgerlichen Gesetzbuch ist die Ehe nicht geschlossen, weil sie nicht vor einem Standesbeamten erfolgt ist.“

Zu diesen Behauptungen bemerkten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Die Ehe istlich und staatlich als ungültig zu betrachten. Nach dem § 63 des österreichischen Bürgerlichen Gesetzbuches können Geistliche, die schon höhere Weihen empfangen haben, die vor Ordenspersonen das feierliche Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt haben, keine gültigen Eheverträge abschließen. Der Pastor in Eger durfte also die kirchliche Ehe nicht einzegen, weil ihn bekannt sein musste, dass hier ein gesetzliches Ehehindernis vorliegt.“

Aber auch nach dem reichsdeutschen Bürgerlichen Gesetzbuch ist die Ehe nicht geschlossen, weil sie nicht vor einem Standesbeamten erfolgt ist.“

Zu diesen Behauptungen bemerkten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Die Ehe istlich und staatlich als ungültig zu betrachten. Nach dem § 63 des österreichischen Bürgerlichen Gesetzbuches können Geistliche, die schon höhere Weihen empfangen haben, die vor Ordenspersonen das feierliche Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt haben, keine gültigen Eheverträge abschließen. Der Pastor in Eger durfte also die kirchliche Ehe nicht einzegen, weil ihn bekannt sein musste, dass hier ein gesetzliches Ehehindernis vorliegt.“

Die „Nationalzeitung“, erfuhr, der Fall Koschik werde nächstens Gegenstand einer Reichstagsinterpellation werden.

Aus der Partei.

Prekprozeß. Vom Schöffengericht in Gera wurde Gen. Drehsler, der Verantwortsame der Thüringischen Tribune zu 100 Mt. Geldstrafe verurteilt. Er soll den Schulvorstandsvorlesenden Pfarrer Köhler beleidigt haben. Als strafverschärfend nahm das Gericht an: Die Bekleidung entspringe der gerichtsbelasteten Tendenz, der bestehenden staatlichen Ordnung einzusätzlich.

Gewerkschaftsbewegung.

Die polnischen Bergarbeiter gegen die Beschimpfung durch die Christlichen. Die polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter veröffentlicht in den polnischen Zeitungen des Ruhrgebietes eine Erklärung, in der sie gegen die öffentliche Beschimpfung der polnischen Bergarbeiter durch den Christenführer Hüskens protestieren. Hüskens hatte bekanntlich nach seinem eigenen Eingeständnis gestanden:

„Ja, das wäre noch schöner, wenn wir uns von Clemens aus dem Osten, welche mit einem großen Donnertiel (Sturmloch) am Kopfe hier herumlaufen, und die vor fünf bis sechs Jahren noch dem Outchern die Hand rütteln, die sie schlug, in der Lohnfrage hineinreden.“

Auf
Kredit

Möbel

1 Zimmer Anzahlung 10 M.
2 Zimmer Anzahlung 20 M.
3 Zimmer Anzahlung 30 M.

Paletots und Anzüge

1 Anzug 20 M., Anzahl. 4 M.
1 Anzug 26 M., Anzahl. 7 M.
1 Anzug 35 M., Anzahl. 9 M.

Damen-

Blusen, Röcke, Kostüme.

Teppiche, Portières, Tischdecken, Gardinen, Uhren, Spiegel, Bilder, Kinderwagen. Für Brautleute besonders günstige Bedingungen.

H. Kesten

Holstenstraße 17, I.



Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden sachgemäß billig ausgeführt unter prompter Belebung. Emaill. Bernick. bill. u. gut.

Carl Heynert, Lübeck,
Moist. Allee 6a. Fernspr. 352.

Betten, Bettfedern

u. a. Bettten-Artikel

Kauf Sie billig und reell bei

Markt Otto Albers Kuhmarkt

4. 10.

1. B. kompl. Bettten v. 12.50 M. an.
Federkissen per Pfd. v. 45 M.
Rote Lubeca-Marken.

Zigaretten

en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt.

HEINR. HAGELSTEIN
Königstrasse 85

Holsten-Automat

G.m.b.H. Holstenstr. 14.

Warme und kalte Speisen.

Feinste heilegte Brötchen 10 Pf.

Helles und dunkles Bier 10 Pf.

Freunden und ließigem Publikum

bestens empfohlen.

Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Inventur-Ausverkauf

zu auffallend billigen Preisen — teils für die Hälfte des Wertes.

Vorzessan-Oberlässe, statt 12	7 Pfg.	Glas-Butterdosen ohne Deckel	12 Pfg.
Golbrand-Tassen	nur 22 Pfg.	Glasschlüssel, recht groß	42, 33 Pfg.
Gemüse-Schlüssel	42, 23, 18, 12 Pfg.	Emaile-Lectörse	jezt 68, 48 Pfg.
Suppenterrinen	115, 78 Pfg.	Emaile-Becher	nur 10 Pfg.
Nachtgeschirr	48, 45, 38 Pfg.	Aluminium-Kochtopf, 16 cm	98 Pfg.

Waschgarnituren 1.05, 1.25, 1.90, 2.20, 2.65 Mf. all.

Großer Posten Marktetaschen	jetzt 48, 68, 98, 115 Pfg.	Leutwagen	23, 28, 33, 42 Pfg.
		Kokosbesen	jetzt nur 40 Pfg.

Riesen-Bazar.

Pietro Cagna.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Sonnabend, 28. d. M.
abends 8½ Uhr präzise
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- u. Kassenbericht 1910.

2. Bericht von der Vorstände-Konferenz.

3. Anträge zu der am 26. Februar
in Hamburg stattfindenden Bezirkskonferenz und Wahl von 3
Delegierten zu derselben.

4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Kraut- und Sterbetaße

Amicitia e. h. Nr. 18.

General-Versammlung

am Sonnabend, dem 28. Januar

abends 8½ Uhr.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Halbjahr 1910.

2. Wahlen nach §§ 18, 24 und 25.

3. Innere Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

Nach Schluß der Versammlung findet die General-Versammlung der Männer- und Frauensterbäße statt.

Der Vorstand.

Achtung!

„Eintracht“-Sänger!

Die Gesangstunde findet umständlicher morgen Sonnabend 9 Uhr statt.

30, 40 und 55 Pfg.

Geb. Käffee . . . Pfd. 120 Pfg.

Geb. Gerste . . . 20

Geb. Blätter . . . 20, 30 u. 40

Grünen 44

Kräutern 35

Röthen 48

Gliederbeete 60

Früchte Apfel 2 Pfund 35 Pfg.

Eduard Speck, Hilt. 80 u. 82.

**Frische Bauernbutter Pf. 1.20 M.
8 Eier 60 Pfg.**

Oleze Wahrst. 10. Hans Wegener.

Rote Lubecamarken.

Eine große Partie circa 35 Laibe

Schweizer Käse

schön gelocht und weich im Teig
per Pfund 50, 60 und 70 Pfg.
solange Vorrat reicht.

Gebr. Oldekop, Käsegrußhandlung,
Hilstrasse 82-85.

To n h a l l e.

Lichtbild-Theater.

Wie man in Japan einen Strom hinabfährt. — Unteroffizierschule in Potsdam. Natur. — Schmann als Hygienezustor. — Die Geschichte von einem See-Elefanten. — Dötzschens Staubwedel. — Sonntagsgräße. Humor.

Bergholzen. — Der Schatten der Mutter. —

Die Tochter. Dramen.

Die Direktion.

Borfräge

der Oberschulbehörde

im Winterhalbjahr 1910/11.

Turninspektor Moeller,
Altona:
**Moderne Strömungen
im Turnwesen.**

4 Vorträge: Sonnabend, den 4.,
11., 18. und 25. Februar.
Die Vorträge finden in der Aula
des Johanneums, Bei St. Joh.

hannis 3. statt.

Beginn 8½ Uhr abends.

Eintrittskarten sind zu haben im
Bureau der Oberschulbehörde,
Glockengießerstraße 4, I. bei F. W.

Kaibel, Breitestraße 40, Rich. Quitzow,
Breitestraße 97, Lübeck & Nöhring,
Breitestraße 31, Robert Lübeck,

Königstraße 41, Bureau der Orts-
frankenfasse und der Öffentlichen
Opernhaus, Mengstraße 28, in der
Nebenstelle der Spar- und Anleihe-
fasse, Frankenburger Allee 13/15,
sowie im Arbeiter-Sekretariat, Jo-

hannisstraße 48.
Preis für die Vortragsreihe Mk. 1.

Spar-Club „Traube“.
Deopenau 27.

General-Versammlung
Sonnabend, 28. Jan., abends 9 Uhr.
Aufnahme neuer Mitglieder.

**Arbeiter-Radfahrverein
Seereb.**
Großer Mastenball

am Sonntag, dem 29. Jan. 1911
im Lokale des Herrn Emil Gordts,
Seereb.

Umfang 6 Uhr. Marschzug 8 Uhr.
Demaskierung 10 Uhr.

Eintritt für Herren 1 Mk., eine
Dame frei. Einzelne Dame 40 Pf.
Maschierte Damen 30 Pf.,

Maschierte Herren 80 Pf.
Hieran sind alle Freunde und um-
liegenden Bundesvereine freundlich
eingeladen.

Das Festkomitee.

Hansa-Theater

Täglich abends 8½ Uhr.

**Das Mädchen
auf Irrwegen.**
(The Girl who wrecked his home.)

Ausft.-Stück in 4 Akten (11 Ver-
wandl.) v. Melville u. Luk. Ge-
langensv. v. Mills, Rivton und
Murphy. Melodr. Mus. v. Reeves.

Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten wochentags gültig.

Stadthallentheater.

Sonnabend, 28. Jan., abends 8 Uhr.

Vor. Gastsp. der „Parisienne“
American-French
Sketch-Company

Dutzendkarten gültig.

Tantalusqualen.

Schwank von Graf Löwenstein.

Im Chambre separée.

Schwank von Julius Horst.

Wegen plötzlicher Hindernisse.

Schwank von Roquette.

Wer? Von de Lorde.

Sonntag, 29. Jan. Abends 7½ Uhr.

Letztes Gastsp. d. „Parisienne“

American-French
Sketch-Company.

Dutzendkarten gültig.

Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Röhl. Koblenz 13.

Neues Stadttheater.

Sonnabend, 28. Januar, 7½ Uhr.

Voll-A. 115. Sonnabend-A. 19.

Die lustigen Weiber. Windsor.

Romische Oper von Nicolai.

Kra. Klub Bertha Sorense a. G.

Sonntag, 29. Januar, 7½ Uhr.

Voll-A. 115. Große Breite.

Groß. Gasteip. d. Opernensemble.

Lily Herking

vom Stadttheater in Dessau.

Carmen.

Große Oper von G. Bizet.

seien deshalb ganz besonders auf das Schneiderhandwerk hingewiesen, welches einer der wenigen Berufszweige ist, in denen heutzutage die Nachfrage an Arbeitskräften das Angebot übersteigt."

Die "Fachzeitung der Schneider" bemerkt mit Recht dazu: "Wie man sieht, verstehen es die Arbeitgeber unseres Berufes ganz ausgezeichnet, die Werbetrommel zu rütteln, und es kommt ihnen auf einige Unmehrheiten dabei nicht an. Unsere Kollegen aus der Waschbranche sind oder wieder viele Wochen lang arbeitslos, und es kommt ihnen auf einige Unmehrheiten dabei nicht an. Unsere Kollegen aus der Waschbranche sind oder wieder viele Wochen lang arbeitslos, und es kommt ihnen auf einige Unmehrheiten dabei nicht an. Die fortwährenden Klagen über Arbeitermangel, die gegenwärtig vom Arbeitgeberverband und von Innungen forcierte Lehrlingszulassung, und das stürmische Verlangen der Konfektionäre nach Zulassung von ausländischen (russischen und polnischen) Arbeitskräften im weitesten Umfang bedeutet letzten Endes weiter nichts, als daß das Unternehmertum Mangel an billigen und willigen Arbeitskräften leidet. Die Behauptung der Konfektionäre über Mangel an Arbeitern steht auf der gleichen Höhe, wie die Klagen der Junker über die Leutenot auf dem Lande.

Es ist ja schließlich kein Wunder, wenn die Arbeiter nicht mehr scharenweise einem Berufe zuströmen, in dem das System der Heimarbeit niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Ausbeutung der Frauen und Kinder, ungefundene Wohnungen, nicht zu vergessen auch das Schwitzgästertum, gezeigt hat. Wohl ist es der Organisation gelungen, die Löhne zu erhöhen, sie durch Tarifverträge zu festigen und zu sichern, und um dieser Aufwärtsbewegung der Löhne ein Baroli bieten zu können, möchte man nunmehr die Lehrlingszulassung en gros betreiben, um, wenn möglich, einen Arbeiterüberfluss zu schaffen.

Was in dem angeführten Artikel insbesondere behauptet wird, daß sich die Löhne von Jahr zu Jahr gesteigert hätten, daß sie sich im letzten Jahrzehnt nachweislich verdoppelt hätten und daß selbst in der stillen Zeit tüchtige Schneidergesellen nicht stielendlos seien, ist eitel Flunkerei, die aufschärfte zurückgewiesen werden muß. Die Kollegen wissen sehr wohl, daß die recht mäßige Erhöhung der Löhne erst in erbittertem Kampfe herbeigeführt worden und kaum geeignet ist, einen Ausgleich gegenüber der Besteuerung des Lebensunterhaltes zu schaffen. Flunkerei ist es auch, wenn man die leichte Möglichkeit des Selbständigerdens in den Vordergrund schiebt. Man braucht sich bloß einmal eine solche Kleinmeisterherrlichkeit in der Nähe zu betrachten, und man wird ohne weiteres erkennen, daß es fast immer Leute sind, die mehr Heimarbeiter oder Zwischenmeister als wirklich selbständige Unternehmer sind, und daß auch diese "Meister" in vielen Fällen schlimmer daran sind als irgend ein Arbeiter eines andern Berufes. So mancher dieser Kleinkräuter wird beim Lesen jener Reklame-Notta entsetzt ausrufen: "Jungen! Vernt lieber nicht Schneider!"

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Dezember 1910. Lübeck hatte nach dem vorläufigen Ergebnis der Zählung vom 1. Dezember 1910 98.620 Einwohner. Im Dezember kamen 47 durch Geburtenüberschuss hinzu, aber auch 119 durch Wanderung in Abzug, sodass unsere Einwohnerzahl um 72 zurückging und am 1. Januar 1911 nur 98.548 betrug. Die natürliche Bevölkerungsabnahme war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr); es betrug die Zahl der

	Summe	auf 1000 Einwohner
Geburten	1910	1909
Geburten	81	48
Geburten	3,70	5,18
Sterbefälle	201	167
Sterbefälle	24,01	20,13
Sterbefälle	154	145
Sterbefälle	18,39	17,48

Die Geschlechtungen blieben also gegen das Vorjahr um 12 zurück, die Geburten waren dagegen um 34 und die Sterbefälle um 9 größer. Unter den Geborenen waren 23 oder 11,4 Prozent (16 oder 9,6 Prozent) unehelich und 5 oder 2,5 Prozent (3 oder 1,8 Prozent) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 32 (38) Fällen auf unter 1 Jahr — die Kindersterblichkeit war mit-

hin nicht viel geringer als 1909 — und in 40 (20) Fällen auf über 70 Jahre — es wurden also ungewöhnlich viele alte Leute zu Grabe getragen. Die Todesursache war in 18 Fällen Krebs, in 15 Lungentuberkulose, in 14 Krankheit der Atmungsgänge (insbesondere Herzkrankheiten) und Lungenschwindsucht. Anstelle der Krankheiten führten 6 mal zum Tode; insgesamt wurden 84 solcher Krankheiten zur Anzeige gebracht, 1 mal Diphtherie, 1 mal Malaria, 4 mal Scharlach, 3 mal Unterleibstypus und 1 mal Wochenbettfieber. Gemaltsam Todesstarben 4, je 2 durch Selbstmord und Verunglücksung. Die Wanderrung endete mit einem Verlust von 119 Personen; 1226 Zugingen standen 1345 Abzüge gegenüber.

pb. Diebstahl. Aus einem Geschäft in der Hütstraße sind gestern mittag 8 Goldin-Uhren mit Doppeldeckel und eine Aluminium-Remontoir-Uhr, ein schwarzer grün-gestreifter Jackettanzug, sowie 6 Stilett abgemessene Kleiderstücke von dunkler Farbe gestohlen worden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Am Sonnabend kommt Nicolaus komische Oper "Die lustigen Weiber von Windsor" zur Wiederholung. Als Frau Fluth wird Fr. Berta Sorenne vom Stadttheater in Mecklenburg, welche als Vertreterin des Koloraturfaches für die nächste Spielzeit in Aussicht genommen ist, auf Engagement gastieren. Am Sonntag, abends 7½ Uhr, findet ein einmaliges Gastspiel der Hofoperänsängerin Lily Herking vom Hoftheater in Dessau als "Carmen" in Bützow gleichnamiger Oper statt. Die ausgezeichnete Künstlerin, welche die "Carmen" zu ihren glänzendsten Leistungen zählt, durfte beim Lübecker Publikum von ihren früheren Gastspielen hier noch in bestem Andenken stehen. Die Premiere der Opern-Novität "Wer si gelt" von Leo Blech findet in der nächsten Woche statt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonnabend und Sonntag finden die beiden letzten Gastspiele der "Barbiere von Messina", American-French-Sketch-Company statt, zu welchen auch Durchfahrtskarten Gültigkeit haben.

Gutin. Das Oldenburgische Finanzgesetz für 1911 ist im letzten Gesetzesblatt publiziert worden. Danach schließt die Zentralkasse mit 2.119.500 Mk. die Landeskasse mit 11.813.104 Mark in Einnahmen und 11.724.771 Mk. in Ausgaben ab, die Kasse des Fürstentums Lübeck mit 1.387.259 Mk. in Einnahmen und 1.269.354 Mk. in Ausgaben, die des Fürstentums Birkenfeld mit 1.051.400 Mk. in Einnahmen und mit 1.039.987 Mk. in Ausgaben.

Hamburg. Verlegung der "Vulkan-Werft" nach Hamburg. Ende dieses Jahres wird der gesamte Betrieb des Stettiner "Vulkan" nach Hamburg verlegt.

Hamburg. Durch Kohlengase erstickt, weil kein Arzt zur Stelle war. Auf Waltershof, wo der neue Petroleumshafen ausgebaut wird, fand man am Donnerstag mittag zwei Leute in der Kabine einer Däggertschute bewußtlos vor. Sie hatten sich dort zum Schlafen niedergelegt und waren durch Kohlengase betäubt worden, die sich in dem kleinen Ofen der Kabine gebildet hatten. Ein Arzt war nicht zur Stelle, man musste erst nach Finkenwärder hinüber. Der dortige Arzt, der sehr beschäftigt ist, fand man auch nicht gleich, so gingen die kostbaren Minuten verloren. Als man endlich einen Arzt zur Stelle hatte, war der eine der Leute, der Schutzenführer Stüvens, ein Holländer, bereits gestorben. Er hinterließ Frau und Kind. Den anderen Arbeiter konnte man noch ins Leben zurückrufen. Weshalb sind denn dort, wo es bis 6.000 Arbeiter mit den Vorarbeiten für die Erweiterung des Hafens beschäftigt sind, weder Unfallstation noch Arzt? Wäre gleich ein Arzt zur Stelle gewesen, der Mann wäre sicher nicht gestorben. — Die Hamburger Bark "Pommern" in der Nordsee mit einem englischen Wollgeschiff kollidierte. Die Hamburger Biermastbark "Pommern" kam Donnerstag nachmittag 4 Uhr im Tau zweier Schleppdampfer aus See auf der Cuxhavener Reede an. Die Bark ist unweit Helgoland mit dem englischen Wollschiff "Engelhorn" in Kollision gewesen. Die "Pommern" hat schwere Beschädigungen am Heck und den Rüggen erhalten. Zwei Männer der Besatzung werden vermisst. Es wird, wie das "Fremdenblatt" schreibt, angenommen, daß sie bei der Kollision auf das englische Schiff übergetreten sind.

Kiel. Tarifverhandlungen im Baugewerbe. In den Kreisen der Bauunternehmer scheint plötzlich die Stimmung umgedreht zu sein. Noch kürzlich hat den Vorsitzenden des Unternehmerverbands Schleswig-Holstein bei Verhandlungen den Arbeitervorsteher angedroht, die Unternehmer würden sich zu neuem Kampfe rüsten. Jetzt erhalten die Vertreter der Arbeiter von dem genannten Unternehmerverband die Mitteilung, die Unternehmer wollen alle Forderungen der Arbeiter, über die noch Differenzen bestehen, anerkennen; der Vertrag könne nunmehr unterzeichnet werden. Woher dieser neue Wind weht, ist nicht recht klar, wahrscheinlich aber haben die Unternehmer in Kiel die Schafsmacherie des Führers des Unternehmerverbands als mächtig fassbar bekommen.

Wilhelmshaven. Militärjustiz. Ein furchtbares Urteil fällt wieder das hiesige Kriegsgericht. Der Matrose N. hatte in der Kantine zu einem Unteroffizier gesagt: "Dir füll ich noch." Als er dann zur Wache gebracht werden sollte, erging er eine Bant, leistete Widerstand und fasste den Wachhabenden an und beleidigte ihn. Solche an sich geringfügige Vergehen wollte der Vertreter der Anklage mit fünf Jahren und einem Monat Gefängnis geahndet wissen. Das Gericht verurteilte N. zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. — Solche Urteile agitieren unseres Erachtens mehr gegen den Militarismus als es möglich in Agitationen geschehen kann.

Olsenburg i. Gr. Es geht vorwärts! Der Bericht des sozialdemokratischen Bezirks-Vorstandes für den Agitationsbezirk Olsenburg und Ost-Friesland für die Monate Oktober, November und Dezember enthält interessante Zahlen, die von erfreulicher Entwicklung der Partei beweisen und von guter Vorarbeit zu den kommenden Wahlen zeugen. Waren am 1. Oktober 1907, bei der Errichtung des Sekretariats, 3200 männliche und 200 weibliche Mitglieder zu ermitteln, so betrug der Bestand am 31. Dezember 1910 5968 männliche und 1240 weibliche, insgesamt also 7209 Mitglieder; das ist ein Mehr von 3809 Mitgliedern in drei Jahren! Hinzu kommt, daß die leichtigen Mitgliederzahlen absolut genauer sind. In den drei Monaten des letzten Quartals 1910 wurden der Partei rund 950 Mitglieder, nämlich 881 männliche und 119 weibliche zugeführt. Allerdings ist ein Abgang von 554 männlichen und 73 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen, sondern in reichlich 90 Prozent um Abmeldungen nach Orten außerhalb des Bezirks. Simumerlin bleibt eine reine Junghäne von 277 männlichen und 46 weiblichen gleich 323 Mitgliedern in diesem Quartale zu verzeichnen.

Handels- und Markt Nachrichten.

Hamburger Sternschanz-Biermarkt vom 26. Januar. Auftrieb 1310 Schweine. Markt mäßig reg. Überstand 56 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf. Tara 20 Proz. 58,00 bis 59,00 (48,50 bis 47,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz. 57,50 bis 58,— (46,00 bis 46,50) Mt. Mittelware, von 200—240 Pf. Tara 22 Proz. 58,00 bis 59,00 (48,00 bis 46,00) Mt. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz. 58,00 bis 59,00 (45,00 bis 46,00) Mt. Geringere Ware, Tara 24 Proz. 52,00 bis 56,00 (39,50 bis 42,50) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz. 55,00 bis 56,00 (44,00 bis 45,00) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz. 50,00 bis 54,00 (39,00 bis 41,50) Mt.

Briefkasten.

H. W. S. H. Die Steuern dürfen Sie nicht abrechnen.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. **Verleger:** Th. Schwarzk. **Druck:** Friedr. Meyer u. Co. **Sämtlich in Büchern.**

Drucksachen

jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des "Lübecker Volksboten"

Pa. fettes Rindfleisch Pfd. 70.
Bratenstücke Pfd. 75-80.
Schweinefleisch .. 75.
Bratenstücke .. 80-85.
weißes Schmalz .. 80.
bei Abnahme von 4 Pf. o. 75.
Kapfleisch Pfd. 40.
Grütz-, Brot- u. Leberwurst.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:
Heiße Knackwurst,

Friedr. Green
Kupferschmiedestr. 14.

22 Südfangen 22
Keine Fleischnot!
Prima Schweinefleisch Pfd. 65
Rindfleisch .. 70
fetten Speck .. 70

Pa. Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.
- dicke Flomen .. 70
- kleine Rauchstücke 80
W. Strohfeldt,
Markthalle Nr. 14 — 15.

E. Boy, Königstr. 61. § 1811.
Hamburger Stadts. Seelachs, Schell-Zeche, Kabeljau, Dorsch, Goldbutt.
Rheinperle!
Fester Ersatz für Naturbutter
empfohlen
Joh. Böttcher,
Reiferstraße 43.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Am 25. Januar 1911 verstarb unser Kollege **Karl Buddenhagen.** Ehre seinem Andenken! Die Lokalverwaltung.

Zwei saubere Damen-Mädchen kostüme billig zu vermieten. Reiferstraße 46 a, I.

Eig. Dam.-Masenkostüme
B. Schmetterling, Billard-dame, Chantonne, Winter-Zeppelin, Ballerina, Amor usw. zu vermieten. Fleischhauerstraße 8.

Geg. Herren- u. Damien-Masenkostüme billig zu verm. Reiferstr. 41, I.

Tüchtige

Arbeiterinnen gesucht.

August Schabmacher. Erneuerungsstraße 3.

London gekrönt

in der Nähe des Falckenplatzes, der Bleicher- oder Dorotheenstraße, ev. größere Wohnung, die sich hierzu einrichten läßt.

Gest. Offerten erbeten unter U 23 an die Exped. d. Bl.

Ein Sitz- und Liegewagen zu verkaufen

Schwartan, Peterstraße 41.

Habe Sonnabend und Sonntag 40 Kettel zu verkaufen.

Jürgens, Waldhufen.

kleiderstoffen, Blusenkostüme,

Schürzenzungen, Waschkleider-

stoffen verkaufe ich zu Spottpreisen.

F. Jürgensen

Ecke Schmarauer u. Facken-Allee

Empfehlungssorten ::

werden hergestellt in der

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Frisches

Kopf und Bein

Pfund. 25 Pfsg.

Schweinefleisch Pfd. 75 Pf.

Adolf Schmidt,

Lindenstraße 36.

Heiße Knackwurst,

Brotwurst

Stück 10 Pfennig.

Leberwurst

Kopffleisch.

Heimr. Viereck

Reiferstraße 96.

Der Kaufmann von Venedig.

Textblicher à 20 Pf.

zu der vom Arbeiterbildungsverein für Sonntag, den 29. Januar im

Neuen Stadttheater veranstalteten Vorstellung sind zu haben in der

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Morgen, Sonnabend, Ausnahmetag in:

Braunschw. Blutwurst

anstatt Pfd. 60 Pf. nur Pfd. 50 Pf.

Leberwurst .. 60 .. 50

<b

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Holstenstr.

Bei jedem Einkauf

RABATT-MARKEN.

In allen Abteilungen

Lagerbestände

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

SCHUHWAREN.

EIN POSTEN	Männer-Arbeitsschuhe	Wichsleder	sonstiger Preis bis 5.50 herabgesetzter Preis	4 25
EIN POSTEN	Herren-Schnürstiefel	Chevrolin und Boxleder	sonstiger Preis bis 8.75 herabgesetzter Preis	6 25
EIN POSTEN	Herren-Schnürstiefel	zum Teil „Goodyear-Welt“ Chevreau und Boxkalf	sonstiger Preis bis 14.50 herabgesetzter Preis	9 50
EIN POSTEN	Damen-Knopfstiefel	Box- und Chevrolinleder	sonstiger Preis bis 7.75 herabgesetzter Preis	5 75
EIN POSTEN	Damen-Schnürstiefel	mit und ohne Lackkappe	sonstiger Preis bis 8.50 herabgesetzter Preis	6 25
EIN POSTEN	Damen-Schnürstiefel	„Goodyear-Welt-Arbeit“ Boxkalf	sonstiger Preis bis 12.50 herabgesetzter Preis	8 50
EIN POSTEN	Mädchen-Schnürstiefel	Chevrolin und Boxleder	Größe 31 bis 35 herabgesetzter Preis	4 45

2 preiswerte Serien

Damen-Ballschuhe	elegante Form . . weiß und farbig	1 95	schwarz	1 75
-------------------------	-----------------------------------	------	---------	------

HERREN-KONFEKTION

EIN POSTEN	Herren-Anzüge	Buckskin u. Sonst bis 25.00 Cheviot-Stoffe 14 00 Herabgesetzter Preis	Sonst bis 40.00 Kammgarn u. Cheviot auf Roßhaar Herabges.	Sonst bis 50.00 Maß-Ersatz-Arbeit aus mod. Stoffen Herabges.
EIN POSTEN	Paletots u. Ulster	aus Eskimo, Doubel und Fantasiestoffen	Sonst bis 18.50 Herabgesetzter Preis	Sonst bis 38.00 9 75 18 00
EIN POSTEN	Herren-Hosen	aus Kammgarn, Cheviot und Buckskinstoffen	Serie I 5 95 Herabgesetzter Preis	Serie II 4 25 Serie III 2 25
EIN POSTEN	Pilot-Hosen	blau Schrittlänge 74-84 cm	Wert bis 3.50 Herabgesetzter Preis	2 25 1 45
EIN POSTEN	Pilot-Jacken	blau Größe 46-60	Wert bis 4.50 Herabgesetzter Preis	2 95 2 50
EIN POSTEN	Knaben-Anzüge	hochgeschlossen und Matrosenfasson	Sonst bis 14.00 Herabgesetzt	6 50 4 00 2 25
EIN POSTEN	Konfirmanden-Anzüge	für das Alter 2-9 Jahr	Wert bis 21.00 Herabgesetzt	10 00

EIN POSTEN	eleg. Fantasie-Westen	95 . .
	belle Dessins . . sonst 2.95 bis 4.50 jetzt	

EIN POSTEN	Knaben-Pyjacks	Herabges. 3 95
	mit u. ohne Abzeich., für 2-9 Jahr	Preis

Große Ladungen Lebensmittel enorm billig.

Frisches	Marmelade 5-Pfd.-Eimer	1 15
Hamperfleisch	Misch-Honig 10-Pfd.-Emaille-Eimer	3 15
hiesiger Schlachtung		
65	Apfelsinen Dtzd.	48, 38, 30, 20 4
Pfd.	Zitronen	Dutzend 45 4
Keule u. Rücken	Rotkohl . . . Kopf	15 4 und 12 4
Pfund 75 4	Weißkohl . . . Kopf	15 4 und 10 4
	Schweineschmalz gar. rein Pfd.	72 4
	Palmöl reines Kokosfett Pfd.	65 4
	Fromage de Brie raff.	68 4

Junge fette	Gänse	ca. 8 Pfd. schwer
Pfd.	60	4

Gänsekeulen geräuchert Pfund	1 00
Gänseknochenbrust geräuch. Pfund	1 00
Suppenspargel . . 2 Pfund	62 4
Brechspargel . . 2 Pfund	96 4
Gemüseerbsen . . 2 Pfund	40 4
Junge Karotten . . 2 Pfund	36 4
Kohlrabi mit Grün . 2 Pfund	36 4
Sellerie zart, zu Salat, 2 Pfd.	56 4
Junge Brechs- und Schnittbohnen 2-Pfund-Dose	29 4